



Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Kreidemeier, Thomas:

Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis. Ein Ländervergleich.

Bachelorarbeit, Sommersemester 2021

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.77974>



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2021

Thomas Kreidemeier

**Die Abschaffung der Wahlpflicht
und ihre Auswirkungen auf das
Wahlergebnis. Ein Ländervergleich.**

Bachelorarbeit bei
Dr. Tanja Zinterer
2021

Gliederung der Bachelorarbeit

Abstract	4
1 Einleitung	5
2 Theorieteil und Hypothesen	6
2.1 Geringere Wahlbeteiligung insgesamt durch Abschaffung der Wahlpflicht	6
2.2 Stimmverluste für linke Parteien durch die Abschaffung	7
2.3 Stimmverluste für rechte Parteien durch die Abschaffung	8
3 Empirischer Forschungsstand	10
3.1 Geringere Wahlbeteiligung insgesamt durch Abschaffung der Wahlpflicht	11
3.2 Stimmverluste für linke Parteien durch die Abschaffung	12
3.3 Stimmverluste für rechte Parteien durch die Abschaffung	13
4 Methodisches Vorgehen und Daten	14
5 Theoriegeleitete Erklärung empirischer Fälle	15
5.1 Abschaffung der Wahlpflicht in Chile 2011	15
5.1.1 Historische Hintergründe der Abschaffung und politische Situation	16
5.1.2 Analyse der Wahlen vor und nach der Abschaffung	17
5.1.2.1 Wahlbeteiligung	18
5.1.2.2 Wahlergebnis	19
5.1.2.3 Mögliches Zutreffen der Hypothesen und alternative Erklärungsmöglichkeiten	21
5.1.4 Fazit	22
5.2 Abschaffung der Wahlpflicht in Österreich 1992	23
5.2.1 Historische Hintergründe der Abschaffung und politische Situation	24
5.2.2 Analyse der Wahlen vor und nach der Abschaffung	25
5.2.2.1 Wahlbeteiligung	25
5.2.2.2 Wahlergebnis	26

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

5.2.2.3	Mögliches Zutreffen der Hypothesen und alternative Erklärungs­möglichkeiten	29
5.2.3	Fazit.....	30
5.3	Faktische Abschaffung durch Nichtsanktionierung in Griechenland 2001.....	31
5.3.1	Historische Hintergründe der Abschaffung und politische Situation	32
5.3.2	Analyse der Wahlen vor und nach der Abschaffung	33
5.3.2.1	Wahlbeteiligung	33
5.3.2.2	Wahlergebnis	34
5.3.2.3	Mögliches Zutreffen der Hypothesen und alternative Erklärungs­möglichkeiten	36
5.3.3	Fazit.....	37
6	Ergebnisse	38
6.1	Fazit	38
6.2	Diskussion	39
	Literaturverzeichnis	43
	Abbildungsverzeichnis.....	55

Abstract

Kreidemeier, Thomas (2021): Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis. Ein Ländervergleich. Unveröffentlichte Bachelorarbeit.

„If we truly believe in a vibrant democracy, then we must have the highest voter turnout in the world“, kritisierte Bernie Sanders 2015 die sinkende Wahlbeteiligung in den USA. Eins der anerkannt erfolgreichsten Mittel zur Erhöhung des Turnouts ist dabei compulsory voting, die Wahlpflicht. Sie wird jedoch als Eingriff in die individuelle Freiheit zunehmend kritisiert und in vielen Ländern abgeschafft oder nicht mehr sanktioniert wird. Sinkt das Turnout dadurch zurück auf niedrigere Werte? Oder ist stattdessen in der Bevölkerung eher eine „Wahlnorm“, eine Gewohnheit, wählen zu gehen, entstanden? Und wenn nein, welche Parteienspektren verlieren bei der Abschaffung einer Wahlpflicht an Stimmen?

Diesen Fragen geht die vorliegende Arbeit als theoriegeleitete Erklärung auf den Grund. In vergleichender Perspektive werden die Abschaffung der Wahlpflicht in Chile 2011, Österreich 1992 und - faktisch - in Griechenland 2001 hinsichtlich Wahlbeteiligung und -ergebnis analysiert und alternative Erklärungen einbezogen. Dabei zeigt sich, dass das Turnout meist klar sinkt, wenn auch nicht annähernd in dem Ausmaß, wie die Einführung von compulsory voting es steigern kann. Linke und sehr rechte Parteien verlieren dagegen beide nicht spürbar mehr an Stimmen als andere Parteien. Die Arbeit schafft damit wertvolle Empirie zur Untersuchung der Umstellung auf voluntary voting.

Keywords: election, compulsory voting, voluntary voting, abolition, turnout, outcome, Greece, Austria, Chile, left-wing parties, right-wing parties, democracy, liberty

Schlüsselwörter: Wahlen, Wahlpflicht, Abschaffung, Wahlpflicht, Wahlergebnis, Griechenland, Österreich, Chile, linke Parteien, rechte Parteien, Demokratie, Freiheit

1 Einleitung

„If we truly believe in a vibrant democracy, then we must have the highest voter turnout in the world.“ – mit diesem Tweet kritisierte Bernie Sanders 2015 zu geringe und sinkende Wahlbeteiligungen bei den US-Wahlen zu Repräsentantenhaus, Senat und Präsident (Rangel 2017: 1). Und nicht nur die USA haben mit sinkenden Turnouts zu kämpfen, sondern in den meisten westlichen Demokratien entwickelt sich die Wahlbeteiligung signifikant nach unten (Ferwerda 2014: 242), weshalb Politiker:innen, Journalist:innen und Politikwissenschaftler:innen regelmäßig die Einführung einer Wahlpflicht ins Spiel bringen. Tatsächlich aber geht der Trend eher weg von der Wahlpflicht, wie Gratschew (2004) konstatiert. Barnes/Rangel erläutern, es sei verständlich, dass sie in immer mehr Ländern abgeschafft werde, „given the spread of liberal and democratic principles around the world“ (2014: 576).

Geführt wird diese Diskussion nämlich vor allem normativ. Auf der einen Seite radikale Freiheitsdenker:innen und Gegner:innen von staatlichem Zwang: Aus dieser Perspektive sei eine Wahlpflicht „undemokratisch“ (Jensen/Spoon 2011: 700; Jakee/Sun 2006: 70) und verletze in zu starkem Ausmaße die individuelle Freiheit (Tozer 2016: 18). Auf der anderen Seite wird dagegen eine höhere Legitimität der Wahl durch eine höhere Wahlbeteiligung gelobt (Jakee/Sun 2006: 69). Diametral entgegengesetzt zu obiger Argumentation könne sogar *mehr* Demokratie erreicht werden (Hill 2011) sowie eine Eindämmung des „Free-Rider“-Problems (vgl. Lever 2010). So schreibt Hill (2015: 61): „Voting is a right, but it is also a duty.“

Doch abgesehen von den politiktheoretischen Überlegungen sind auch die *faktischen* Auswirkungen auf Wahlbeteiligung und -ergebnis interessant. Zwar sind Turnouts von über 90 Prozent in jedem Fall *normativ* wünschenswert, werden aber nur dann nötig, wenn die hinzugekommenen Nichtwähler:innen anders wählen, also auch eine präzisere Repräsentation des Willens der Bevölkerung erreicht werden könnte. Denn bewiesen ist, dass jene Nichtwähler:innen sozio-ökonomisch und demographisch zumindest nicht dem Querschnitt der Bevölkerung entsprechen. Vielmehr weisen sie geringere Bildung und geringere Einkommen auf (Gallego 2014; Lijphart 1997; Verba 2003; Birch 2009a, 2009b). Von ihnen wäre also nach makro- (Lipset 1959) und mikrosoziologischen Theorien (Lazarsfeld 1968) sowie in der Argumentation von rational choice (Downs 1968) durchaus ein abweichendes Wahlverhalten zu vermuten.

An diese Frage soll diese Bachelorarbeit anschließen, gleichzeitig aber eine weitere Forschungslücke adressieren und damit kombinieren: die *Abschaffung* der Wahlpflicht. Denn scheint es auch zunächst logisch anzunehmen, dass eine solche annähernd umgekehrt zur vielfach und ausführlich dokumentierten Einführung wirkt, so ist dies empirisch alles andere als gesichert. Lediglich für die Niederlande stellte Irwin (1974) fest, dass die Wahlbeteiligung von 94,6 auf 74,1 Prozent sank, und für den österreichischen Fall zeigen Studien ähnliche Ergebnisse (Ferwerda 244). Politiktheoretisch ist bereits überzeugend plausibilisiert, warum die Wahlbeteiligung nicht immer und überall zurück auf das Vor-Wahlpflicht-Level sinken dürfte: Hier wird auf eine „Wahlnorm“, eine neue intrinsische Motivation und die Gewohnheit, wählen zu gehen, verwiesen (Gaebler et al. 2020: 5). Sinkt also die Wahlbeteiligung wirklich, wenn die Wahlpflicht abgeschafft wird?

Beide Forschungslücken werden vorliegend zusammen betrachtet: die Abschaffung der Wahlpflicht *und* deren Auswirkung auf die elektoralen Outcomes. Welche Parteien verlieren durch die Abschaffung an Stimmen? Oder bleibt sie hinsichtlich der Wahlergebnisse nahezu folgenlos? Diese Fragen soll die Arbeit beantworten, indem sie zunächst drei Hypothesen über die Folgen eines Wechsels von compulsory auf voluntary voting postuliert und anschließend die drei Fälle von Chile (2011), Österreich (1992) und Griechenland (2001) auf deren Zutreffen überprüft.

2 Theorieteil und Hypothesen

Grundsätzlich basieren die Hypothesen auf einem institutionalistischen Theorieansatz, also schlichtweg darauf, dass eine Wahlpflicht *wirkt*. Sie wurden vorrangig aus den bereits existierenden Arbeiten zur Wahlpflicht-Einführung generiert, wobei die Folgen idealtypisch umgekehrt zu erwarten wären.

2.1 Geringere Wahlbeteiligung insgesamt durch Abschaffung der Wahlpflicht

Erstens liegt es sehr nahe, dass durch Abschaffung der Wahlpflicht die Wahlbeteiligung sinkt. Eine Wahlpflicht, zumindest die „enforced version“, bedroht das Nichtwählen mit Strafe - je nach Land und Häufigkeit von einer Geldstrafe bis zu Haft reichend. Es ist daher klar, dass sie extrinsisch zum Wählen motiviert oder sogar zwingen könnte, indem compulsory voting die Kosten des Nichtwählens entscheidend

erhöht (Marantzidis/Panagopoulos 2006). Fällt die extrinsische Motivation weg, ist im Umkehrschluss plausibel, dass Menschen, die wenig Interesse an Politik haben und zum Nichtwählen neigen, diesem Desinteresse jetzt gefahrlos nachgeben können. So bezeichnet auch Rangel (2017: 12) die Theorie von der Turnout-steigernden Wirkung der Wahlpflicht als „difficult to argue against“ und Jensen/Spoon (2011: 701) als „general agreement“.

Hill/Louth (2005: 2) postulieren compulsory voting als „the only institutional mechanism that is able, on its own, to raise turnout into to the 90% range“ und sehen in anderen Studien die Effektivität der Maßnahme aus verschiedenen Gründen sogar häufig unterschätzt. Rangel (2017: 4) argumentiert dazu, dass eine Wahlpflicht, die in Kraft ist, auch das Gefühl des Wählens als Bürgerpflicht verstärke. Das Potential dieser Maßnahme, signifikant Einfluss auf die Wahlbeteiligung zu nehmen, ist insofern anerkannter Konsens. Auch Singh schreibt, bei striktem compulsory voting wäre es geradezu „paradox“ (2015: 548), nicht wählen zu gehen. Mit berücksichtigt werden sollen darüber hinaus die Faktoren, dass das Turnout durch die Abschaffung umso mehr sinken könnte, a) je strenger und konsequenter sie vorher durchgesetzt wurde, also je höher die Strafen waren und je häufiger sie verhängt wurden (Birch 2009a; Blais et al. 2003; León 2017; Marantzidis/Panagopoulos 2006; Singh 2011); b) je kürzer die Wahlpflicht bestand, da sich die beschriebene „Wahlnorm“ (Gaebler et al. 2020: 5) umso weniger entwickeln konnte; und c) je höher zuvor die Wahlbeteiligung war, da der Pool politisch interessierter Bürger:innen in jedem Land eine gewisse Maximalgröße haben könnte und bei hohem Turnout mehr potenzielle Nichtwähler:innen inkludiert sind (vgl. Irwin 1974). Um derlei Bedingungen mitzudenken, ist die theoriegeleitete Erklärung als Ländervergleich angelegt.

Ob sich die sinkende Wahlbeteiligung empirisch bestätigt, die bestehenden Theorien zur Einführung der Wahlpflicht also umkehrbar sind, wurde bislang noch nicht untersucht. Deshalb ist eine empirische Überprüfung anhand verschiedener Fälle lohnend. Anhaltspunkte geben unter anderem Jackman (1999) und Ackaert/De Winter (1996), die eindrücklich demonstrieren, dass ein „Decrease of Turnout“ plausibel erscheint.

2.2 Stimmverluste für linke Parteien durch die Abschaffung

Als zweite Hypothese soll untersucht werden, ob linke Parteien durch die Abschaffung an Stimmen verloren haben – wobei linke Parteien sämtliche Parteien links der Mitte umfasst, also insbesondere sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische. Je nach Land wird die Auswahl individuell vorgenommen. Dass linke Parteien verlieren könnten, ergibt sich daraus, dass die Gruppe der Nichtwähler:innen – theoretisch begründbar und empirisch bewiesen – sozio-ökonomisch anders zusammengesetzt ist als die der Wähler:innen (Gallego 2014; Lijphart 1997; Verba 2003; Birch 2009a, 2009b). Daraus ergibt sich, dass sie auch anders wählen oder anders wählen *würden* (Meltzer und Richard 1981; Crewe 1981; Pacek and Radcliffe 1995; Bennett/Resnick 1990).

Die mit Abstand meisten Theorien statieren für die Einführung einer Wahlpflicht wegen der Reduktion des „class bias of the electorate“ (Jensen/Spoon 2011: 701) konkret einen Zuwachs für left-wing parties (Lijphart 1997; Jackman 2001). Einkommensschwache Menschen wählen im Schnitt seltener intrinsisch motiviert, also ohne compulsory voting, sodass generell eine hohe Wahlbeteiligung als sehr förderlich für linke Parteien angesehen wird (McAllister/Mughan 1986; Powell 1986; Nagel 1988; Hicks/Swank 1992; Pacek/Radcliff, 1995; Lijphart 1997; Tóka 2002).

Dafür müssten ärmere Menschen wirklich linker wählen, was - abseits der in einem bestimmten Land herausgebildeten Eigenheiten – überzeugend dargelegt werden kann. Erstens ist es im Sinne von rational choice für sie sinnvoll, links zu wählen, da sie von Umverteilung und mehr sozialer Gleichheit profitieren würden (Meltzer/Richard 1981; Downs 1968). Linke Parteien greifen hier gezielt die Bedürfnisse einkommensschwacher Menschen auf (Crewe 1981; Pacek and Radcliffe 1995; Bennett/Resnick 1990; Gallego 2014). Zweitens ergibt sich dieses Ergebnis auch makrosoziologisch nach der Cleavage-Theorie aus der Konfrontation von Arbeit und Kapital (Lipset 1959). Dies gilt insbesondere, umso mehr dieser ökonomische Cleavage in einem Land politisch dominant ist. Dritten ist auch mikrosoziologisch (Lazarsfeld 1968) naheliegend, dass einkommensschwächere Menschen hinsichtlich Beruf und Verdienst, alltäglichem Umfeld, Wohnsituation und sozialem Status ähnlich sozialisiert sind.

US-Präsident Barack Obama gab in einem Interview nach der Wahlpflicht befragt zu Protokoll, es wäre parteipolitisch „transformative if everybody voted“ (Sonin 2015). Er ist zwar kein Wissenschaftler, doch politisch erfahren genug, um auch seinen Worten Glauben schenken zu dürfen. Anzunehmen ist im Gegenzug, dass die Menschen, die wegen der abgeschafften Wahlpflicht nicht mehr wählen gehen, überproportional Wähler:innen linker Parteien sind, eine Abschaffung sie also Stimmen kostet. Umfragen in Australien von Mackerras/McAllister belegen das: Demnach würden in einer Welt „where CV does not exist“ (1999: 701) die linken Kräfte an Stimmen verlieren.

2.3 Stimmverluste für rechte Parteien durch die Abschaffung

Grundsätzlich liegen die Wirkungen einer Wahlpflicht auf die Outcomes, die „second-order effects“ aber noch zu sehr im Dunklen (Singh 201: 549). Deutlich stärker lässt sich dies bei deren Folgen für right-wing parties erkennen. Hier geht der Forschungsstand gen Null. Das liegt vermutlich daran, dass das Aufkommen rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien erst seit Ende des 20. Jahrhunderts wieder voranschreitet, also ein relativ modernes Phänomen ist, und insbesondere seit dem keine compulsory-voting-Regeln mehr eingeführt wurden. Auch abgeschafft wurden nur wenige, weshalb es sich bei dieser Studie bereits nahezu um eine Vollerhebung handelt.

Die Hypothese ist intuitiv jedoch ähnlich plausibel wie die über linke Parteien. Erstens, da einkommensschwächere Menschen mit geringerem Bildungsstand, wie sie häufig nicht von selbst, sondern nur durch eine Wahlpflicht an die Wahlurnen gebracht werden, *gesellschaftlich* rechter stehen (Gallego 2010). Sie seien zwar ökonomisch für Umverteilung, da sie selbst davon profitieren, aber gleichzeitig überdurchschnittlich oft migrationskritisch und kulturell konservativ. Dominiert diese Achse im Wahlkampf und bei der Wahlentscheidung, ist ein Stimmgewinn für rechte Parteien durch eine Wahlpflicht zu erwarten.

Zweitens ist auch die Protestwahl ein möglicher Grund. Sie ist im Zusammenhang mit der Wahlpflicht leider viel zu wenig erforscht, gilt sie doch erst als „research topic on the rise“ (Camatarri 2020: 611). Menschen, die nicht freiwillig wählen, sind mit dem politischen Angebot, den Wahlmöglichkeiten, nicht einverstanden. Sie seien also geprägt von „anti-establishment-ness“ (vgl. Schedler 1996), „otherness to [the]

government“ (Camatarri 2020: 613) oder „frustration and dissatisfaction toward the poor performance of the [...] representational system“ (Camatarri 2020: 612). Genau dies sind auch anerkannte Kriterien für Protestwahl.

Außerdem ist *gerade* die Wahlpflicht als solches ein weiterer, möglicher Grund für protest voting, wenn Menschen nämlich nicht damit einverstanden sind, zum Wählen gezwungen zu werden, sich in ihrer Freiheit bedrängt fühlen. „Schuld“ sind daran aus ihrer Sicht die meist gemäßigt linken, rechten oder zentralen Regierungsparteien, die die Regelung wenn auch vielleicht nicht eingeführt, so doch jedenfalls beibehalten haben. Zu erwarten wäre daher ein Wahlpflicht-Boost für „left- and right-wing challenger parties“ (Hernández 2018: 458), Parteien, die ein „outcast in the political arena“ sind (vgl. Lubbers/Scheepers 2000). Dieser Protestwahl-Faktor könnte auch bei der zweiten Hypothese bereits zur Anwendung kommen - abhängig davon, wie radikal oder gemäßigt die linken Kräfte vor Ort sind und ob oder ob nicht sie Regierungsverantwortung innehaben.

Bei der Abschaffung der Wahlpflicht funktioniert die Argumentation wiederum umgekehrt zum Bestehen oder Einführen: Gesellschaftlich rechte, unfreiwillige Wähler:innen sowie Protestwähler:innen werden nicht mehr zum Wählen gezwungen und mindestens einige nehmen diese Möglichkeit wahr. Der Wunsch, den etablierten eins auszuwischen, ist nicht so groß wie die Skepsis gegenüber dem Nutzen des Wählens. So gilt als erwiesen, dass die Wahlbeteiligung der Menschen am höchsten ist, die mit der gegenwärtigen Politik am meisten einverstanden sind.

3 Empirischer Forschungsstand

Nicht nur theoretisch, sondern auch empirisch ist der Forschungsstand zu den Wirkungen der Wahlpflicht auf Turnout und Outcome ziemlich umfassend – nur für die konkreten Auswirkungen der Abschaffung mangelt es an solchen Arbeiten, weshalb diese Bachelorarbeit eine Forschungslücke adressiert. Dennoch soll kurz evaluiert werden, inwieweit die drei Hypothesen oder jedenfalls die einzelnen Bestandteile ihrer Argumentation empirisch Bestätigung finden konnten.

3.1 Geringere Wahlbeteiligung insgesamt durch Abschaffung der Wahlpflicht

Das einzige unmittelbare Indiz neben einigen Untersuchungen zum österreichischen Fall, die nachher konkret geschildert werden sollen, ist Irwins Aufsatz über die Niederlande (1974). Dort hatte 1970 die Abschaffung der Wahlpflicht ein Sinken des Turnouts von 94,6 auf 74,1 Prozent zur Folge hatte (sowie Hasen 1996: 2172). Hier bestätigte sich also die Reversibilität der Steigerung der Wahlbeteiligung: Es bildete sich über den finanziellen Druck durch Sanktionen *keine* langfristige „Wahlnorm“ und Gewohnheit heraus. Dennoch sind weitere Analysen zwingend notwendig, für die die Daten bekanntermaßen rar sind (Fowler 2013: 159). Zur weiteren Untermauerung herangezogen werden können lediglich Umfragen, beispielsweise in Belgien (Hooghe/Pelleriaux 1998) oder Brasilien (Elkins 2000). Dort bejahten Bürger:innen einen geringeren Anreiz und eine geringere Wahrscheinlichkeit, wählen zu gehen, wenn es keine Wahlpflicht gäbe.

Als „one of the robust findings in studies that analyze cross-national variation in voter turnout“ (Geys 2006: 652) gilt dagegen, dass die Einführung von compulsory voting als solche wirkt. Rangel (2017: 4) sieht eine Wahlpflicht ebenfalls als „largest and most robust impact on maximizing participation rates“. Konkret finden etwa Fowler (2013: 160) eine Steigerung des Turnouts um 24 Prozentpunkte in Australien, Jaitman (2013: 72, 91) um 18 Prozentpunkte in Argentinien, Hoffman et al. (2017: 103) um 10 Prozentpunkte in Österreich und Bechtel et al. (2016: 765) um etwa 30 Prozentpunkte im Schweizer Kanton Waadt, um einige eindrückliche Beispiele qualitativer Studien zu erwähnen.

Quantitativ ist die Meinung ebenfalls einhellig: Norris ermittelte zum Beispiel 2004 (169), dass die durchschnittliche Wahlbeteiligung in Ländern mit Wahlpflicht um 5,4 Prozentpunkte höher lag als in 141 Ländern ohne Wahlpflicht. Verhindern den Effekt keine länderspezifischen Eigenheiten, ist nicht nur theoretisch, sondern auch empirisch weithin anerkannt, dass eine Wahlpflicht signifikant die Wahlbeteiligung erhöht (Baek 2009; Franklin 1999, 2004; Fornos, Power, and Garand 2004; Hirczy 1994; Marantzidis/Panagopoulos 2006; Cancela/Geys 2016; Blais 2006). Die theoretische Überlegung, die dahintersteht, ist wie beschrieben leicht auf die Abschaffung umkehrbar. Für die empirischen Ergebnisse ist selbiges aber noch fraglich - gibt es

doch einige intervenierende Variablen und mögliche Ursachen dafür, dass die Wahlbeteiligung trotz Abschaffung stabil bleibt.

3.2 Stimmverluste für linke Parteien durch die Abschaffung

Deutlich geteilter ist das politikwissenschaftliche Echo bei der Frage nach „partisan election results“ (Fowler 2013: 160). Fälle für die Abschaffung sind hierbei nahezu nicht dokumentiert, Studien zu Bestehen und Einführung gibt es immerhin zuhauf. Während einige große Auswirkungen auf die Outcomes der Wahl sehen (McAllister/Mughan 1986; Powell 1986; Nagel 1988; Hicks/Swank, 1992; Pacek/Radcliff 1995; Lijphart 1997; Tóka 2002; Fisher 2007; Hill 2011), lehnen andere empirische Untersuchungen selbige ab (DeNardo 1980; Tucker et al. 1986; Teixeira 1992; Nagel/McNulty, 1996; Highton/Wolfinger, 2001; Citrin et al., 2003; Bernhagen/Marsh, 2007; Van der Eijk/Van Egmond 2007; Fisher 2007; Birch 2009b, Hoffman et al. 2017).

Konkret finden Hooghe et al. bei einem Vergleich von 36 Ländern auch in den Ländern mit Wahlpflicht „keine signifikanten Differenzen in der Wahlbeteiligung hinsichtlich Geschlecht, Bildungslevel oder Einkommen“ (2011: 396). Ganz anders sieht das Singh (2015: 548), der in seiner Studie eine Angleichung ausmacht. Demnach sei die Rolle von demographischen und sozio-ökonomischen Faktoren, die sonst mit hohem Turnout in einer Gruppe korrelieren, in Ländern mit compulsory voting deutlich kleiner und auch Jensen/Spoon (2011: 702), Singh 2010 (95) und Jaitman (2013: 72) sehen die Klassenabhängigkeit reduziert. Schließlich werden gerade einkommensschwache Menschen, denen eine finanzielle Sanktion besonders viel ausmacht, durch eine Wahlpflicht erfolgreich zum Wählen bewegt (Blais/Dobrzynska 1998, Brennan/Hill 2014; Fowler 2011, Gallego 2010; Kouba/Mysicka 2019, Dassonneville et al. 2017; Bechtel, et al. 2016).

Das komme wiederum left-wing Parteien zugute (u.a. Lijphart 1997, Jackman 2001). So dokumentieren beispielsweise Fowler für den australischen Fall einen Gewinn für Labour von 7-10 Prozentpunkten (2013) und Bechtel et al. (2016) für den Schweizerischen Kanton Waadt bis zu 20 Prozentpunkte für linke Parteien. Quantitativ ermitteln Pacek/Radcliffe (1995) in 19 Ländern zwischen 1950 und 1990 einen Zugewinn von einem Drittel Prozentpunkt für linke Parteien pro Prozentpunkt, um den das Turnout steigt. Auch hier ist die Frage einzig die: Funktioniert der Effekt auch

andersherum? Demnach müssten bei einer Abschaffung der Wahlpflicht beispielsweise pro Prozentpunkt, um den das Turnout sinkt, linke Parteien einen Drittel Prozentpunkt – oder in anderer Größenordnung - an Stimmen verlieren.

3.3 Stimmverluste für rechte Parteien durch die Abschaffung

Keinerlei empirischen Evidenzen gibt es dagegen bislang für Hypothese drei – auch für die Einführung oder das Bestehen einer Wahlpflicht wurden die Effekte auf rechte Parteien noch nicht untersucht. Empirische Anhaltspunkte gibt es jedoch für die einzelnen Argumentationsschritte. So ermittelt Lux (2018: 267) für rechtspopulistische Parteien im europäischen Kontext einen besonders hohen Wähleranteil aus der unteren Einkommensschicht, also vor allem von „Modernisierungsverlierern“ (Lux 2018: 256). Zahlreiche andere Autor:innen sehen ebenfalls zunehmende Ungleichheit, gesellschaftliche „Verlierergruppen“ und Prekarisierung als deren Erfolgsgaranten (Bude 2014; Dörre 2016; Leibfried et al. 2017; Nachtwey 2016; Reckwitz 2017; Streeck 2017).

Solche Menschen sind überdurchschnittlich unter denen zu vermuten, die nur durch compulsory voting zum Wählgang gezwungen werden und nach Abschaffung damit aufhören, Individuen, die „disaffected or apathetic toward politics“ (Singh 2015: 565) seien. Im Zuge des Protestwahl-Arguments gibt es zudem viele Studien, die die Schnittmengen der extrem linken und extrem rechten Wählerschaft ausmachen. So stellt Hernández fest: „For some principles of democracy, left- and right-wing challengers mobilize the same types of discontent“ (2018: 477). Rechtspopulistische Parteien seien antielitär und anti-intellektuell (Wodak 2015). Sie sind vielleicht im Endresultat nicht förderlich für die Interessen der Arbeiter:innen, da sie wirtschaftlich eher neoliberal ausgerichtet sind, aber sprechen sie rhetorisch und in ihrem Marketing zielgenau an.

Würde man heutzutage in Europa eine Wahlpflicht einführen, wäre insofern intuitiv ziemlich eindeutig ein Boost für rechtspopulistische Parteien zu erwarten, wie in Deutschland auf jeden Fall die AfD. Fraglich ist jedoch, ob a) die Abschaffung gegenteilige Effekte hat und b) dies auch in Südamerika (Chile) sowie vor 20 bis 30 Jahren (Griechenland beziehungsweise Österreich) schon galt. Alternativ könnte der politische Trend dieser Zeit potenzielle Effekte der Wahlpflicht-Abschaffung überwogen haben.

4 Methodisches Vorgehen und Daten

Diese drei Hypothesen, die zwar plausibel erscheinen, aber noch kein empirisches Fundament besitzen, sollen in der Bachelorarbeit im Rahmen einer theoriegeleiteten Erklärung getestet werden. Die Analyse ist als Ländervergleich angelegt, um Ursachen und Bedingungen für das Zutreffen der einzelnen Hypothesen ausmachen zu können, insofern also über bloßes Ablehnen oder Annehmen der Hypothesen hinaus Ergebnisse zu erhalten. Das Forschungsdesign ist x-zentriert: Die Frage richtet sich nur auf die Auswirkungen der Abschaffung der Wahlpflicht in den drei untersuchten Ländern. Ziel ist es gerade nicht, y-zentriert die gesamten Wahlergebnisse der Länder vollständig zu erklären. Kontrollvariablen für die unabhängige Variable x, die Abschaffung der Wahlpflicht, und deren Verursachen der abhängigen Variablen y, Wahlbeteiligung und Wahlergebnis, gibt es folglich keine. Unabdingbar ist allerdings natürlich ein umfangreiches Kapitel zu alternativen Erklärungsmöglichkeiten, die bei den elektoralen Entwicklungen eine wesentliche Rolle gespielt haben könnten.

So soll möglichst präzise kontrolliert werden, ob und in welchem Umfang die Hypothesen wirklich zutreffen, auch wenn die Entwicklungen der abhängigen Variablen dies nahelegen oder nicht nahelegen. Zu diesem Zweck werden außerdem jeweils *zwei* Wahlen vor und nach der Abschaffung der Wahlpflicht in die Analyse involviert, um „Ausreißer“, also außergewöhnliche Umstände zu minimieren. Möglich sind schließlich viele Faktoren, von beliebten oder unbeliebten Spitzenkandidat:innen über Krisen und (Korruptions-)Skandale bis zur verfälschenden Dominanz einzelner Themen in der Wahlberichterstattung - durch beispielsweise eine „Klimawahl“ oder vergleichbare damalige außergewöhnliche Ereignisse. Zudem ist nicht ausgeschlossen, dass die Abschaffung der Wahlpflicht erst bei der zweiten Wahl, also zeitverzögert wirkt. Es könnte länger dauern, bis alle wirklich sicher sind, ungefährdet fernbleiben zu können, die Gewohnheit langsam ablegen oder nicht mehr unter Beweis stellen wollen, dass sie auch ohne Wahlpflicht der „Bürgerpflicht Wählen“ nachgehen. Je eine Wahl wäre aus den diversen genannten Gründen nicht repräsentativ genug.

Mit angelegt ist zudem ein Most Different Cases Design, da jeder einzelne Fall anders gelagert ist – wie im Folgenden noch ausführlicher dargestellt wird. Chile ist eine südamerikanische, junge Demokratie; Österreich eine europäische, alte, gefestigte Demokratie; und in Griechenland wurde die Wahlpflicht nicht formell abgeschafft

wurde, sondern lediglich seit 2001 nicht mehr sanktioniert. Diese wesentlichen Unterschiede sollen besondere Beachtung finden.

5 Theoriegeleitete Erklärung empirischer Fälle

Zu Beginn der empirischen Untersuchung werden kurz die Umstände und Modalitäten der Abschaffung geschildert werden, um einen Eindruck für die Situation im jeweiligen Land zu erhalten. Wichtig sind beispielsweise die Fragen, wie groß die Debatte und wie nachdrücklich die Forderung nach der Abschaffung war. Anschließend wird die Entwicklung von Turnout und Outcomes hinsichtlich der drei Hypothesen analysiert. Schließlich kann also konstatiert werden, ob es überhaupt prinzipiell *möglich* ist, von einem Eintreten der theoretisch hergeleiteten Erwartung zu sprechen, sowie nach Betrachtung der alternativen Erklärungen, ob sie letztendlich zutreffen, teilweise zutreffen oder eher nicht zutreffen.

5.1 Abschaffung der Wahlpflicht in Chile 2011

Das politische System Chiles ist sehr speziell und spannend, insbesondere durch das binomiale Wahlsystem, das bis 2013 in Kraft war und die parlamentarische Landschaft signifikant prägte (Passarelli 2011: 71). Konkret bestand es aus einer einzigartigen Mischung von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, bei der in kleinen Zwei-Abgeordneten-Wahlkreisen das zweite Parlamentsmitglied nur dann auch vom Wahlsieger abgesandt wurde, sofern dieser mehr als doppelt so viele Stimmen erringen konnte. Ansonsten ging der Sitz an die zweitstärkste Kraft – die restlichen Parteien bekamen keine Mandate zugesprochen (Passarelli 2011: 72). Daraus resultierend bildete sich ein stabiles Zwei-Koalitionen-System, das die meisten Parteien links der Mitte und die meisten Parteien rechts der Mitte in der Concertación beziehungsweise der Alianza zusammen antreten ließ (Alvarez 2008: 177).

Innerhalb der Koalitionen wurde durch Primaries, durch Vorwahlen, geklärt, wer wo antreten durfte – letztendlich entschieden die Bürger:innen in der Parlamentswahl jedoch nur über die Stimmanteile der aufgestellten Koalitions kandidierenden und damit der Koalitionen (Chilenisches Innenministerium 2021, hier und im Folgenden: Serval). Deren Wahlergebnisse zu betrachten, scheint also weit sinnvoller als die der einzelnen Parteien. Auch wenn die Concertación als Mitte-Links-Bündnis ebenfalls

Parteien beinhaltete, die einzeln nicht klassisch als sozialdemokratisch, sozialistisch oder kommunistisch, sondern als schlichtweg zentral zu qualifizieren wären (Barnes/Rangel 2014: 576, Alvarez 2008: 177), würde es nicht die Entscheidung bei der Wahl messen, sondern die der Primaries, jene aus dem Ergebnis herauszurechnen. Selbiges gilt für die Alianza, wo die RN tendenziell als mehr „right-wing“ gilt und damit eventuell als rechtspopulistisch – sie kandidiert aber im zentral-konservativen Bündnis (Barnes/Rangel 2014: 576, Alvarez 2008: 177) und adressiert damit kaum die Einkommensschwachen oder Protestwähler:innen. Dominierend sind in Chile vor allem der Klassen- und Religions-Cleavage (Scully 1995; Valenzuela 1995; Bonilla, 2002). Andere Autor:innen sehen seit Ende der Diktatur außerdem den zwischen Autoritarismus und Demokratie ganz vorne (Agüero/Tironi 1999; Mainwaring/Torcal 2003)

5.1.1 Historische Hintergründe der Abschaffung und politische Situation

Die Wahlpflicht in Chile datiert etwa so weit zurück wie die Wiederherstellung der Demokratie 1989 – Mehr als 20 Jahre bestand das chilenische System darin, freiwillige Registrierung als Wähler:in und verpflichtendes Erscheinen zur Wahl für alle *registrierten* Wähler:innen zu kombinieren (Barnes/Rangel 2018: 828). Als Folgen drohten vorerst kleinere Geldstrafen, in letzter Konsequenz aber auch mögliche Inhaftierung (vgl. International Institute for Democracy and Electoral Assistance, IDEA), wenn keine legitime und dokumentierte Begründung angegeben werden konnte. Da die Registrierungsraten zu Beginn hoch waren – etwa 92 Prozent bei der Volksabstimmung 1988 (Huneus 2005), galt dies auch für die daran gekoppelte und davon abhängige Wahlbeteiligung in der *gesamten* Bevölkerung. Die Registrierungsrate sank jedoch über die Jahre signifikant, sodass trotz offiziellen Turnouts von nach wie vor über 80 Prozent faktisch 2009 nur noch unter 60 Prozent der Bevölkerung wählten. Konkret sank sie von 84 auf 58 Prozent (Rangel/Barnes 2014: 572). Dies brachte die Regierung 2011 schließlich dazu, das System grundlegend zu reformieren (Barnes/Rangel 2014, Meléndez/Morgan 2016).

Dabei ging es den Politiker:innen vor allem um automatische Registrierung als Wähler:in, schon diese alleine sollte eine *höhere* Wahlbeteiligung garantieren (Barnes/Rangel 2018: 829). So verlautbarte Präsident Piñera tatsächlich öffentlich, er erwarte für die kommenden (Regional-)Wahlen (2012) die höchste Wahlbeteiligung

in der chilenischen Geschichte (Barnes/Rangel 2014: 572)! Stattdessen ging es national um 17 Prozentpunkte nach unten, auf 41 Prozent – und damit auf die *tiefste* Wahlbeteiligung in der Geschichte (Barnes/Rangel 2018)! Und, wie im Anschluss beschrieben wird, waren auch die Turnouts der Parlamentswahlen 2013 enttäuschend. Im Raum stand – um genau dies zu vermeiden – auch lange, zwar auf automatische Registrierung zu wechseln, die Wahlpflicht jedoch beizubehalten, was in einer hitzigen Debatte resultierte (Rangel 2017: 2; Barnes/Rangel 2014: 575). Denn: „The combination of these *two* electoral laws would likely maximize turnout“ (Barnes/Rangel 2014: 575).

Dabei stimmten alle linken Senator:innen, der Concertación gegen die Reform hin zum voluntary voting, sämtliche Mitglieder der mittig-rechts-verankerten Alianza dafür (Senat 2011, nach Barnes/Rangel 2014: 576). Möglicherweise befürchtete man bei der Concertación bereits Einbußen, wie diese nach Hypothese zwei zu erwarten wären, oder aber es ging wirklich um die normativen Gründe. Als solche rekurrten sie unter anderem auf die Gefahr „[to] weaken the relationship between citizens and the nation“ (Senat 2011, nach Barnes/Rangel 2014: 575), also dass die Regierung sich nicht mehr für alle Menschen Chiles und deren Wünschen und Sorgen so verantwortlich fühle – dem Ausspruch folgend: „If you don’t vote, you don’t count“ (Burnham 1987: 99). Wichtig ist zuletzt noch zu berücksichtigen, dass die Regierung große Anstrengungen unternahm, um alle Wähler:innen zu informieren, über die Abschaffung der Wahlpflicht wie auch über die automatische Registrierung, per Brief, in den Wahlbüros sowie über die großen Zeitungen La Tercera und El Mercurio (Barnes/Rangel 2014: 577). Die veränderte Ausgangslage dürfte also *in Chile* fast ausnahmslos allen bekannt gewesen sein.

5.1.2 Analyse der Wahlen vor und nach der Abschaffung

Die Wahlen, die zur Beurteilung der Umstellung auf voluntary voting, herangezogen werden, sind der Vergleichbarkeit halber ausschließlich Parlamentswahlen, denn Regionalwahlen oder Präsident:innen-Wahlen haben per se bereits andere Turnouts. Sie interessieren die Bürger:innen entweder mehr oder weniger. Der Vorgabe von zwei Wahlen vor- und nachher folgend, werden im Folgenden also die Parlamentswahlen von 2005, 2009, 2013 und 2017 in die Analyse inkludiert.

5.1.2.1 Wahlbeteiligung

Jahr der Parlamentswahl	2005	2009	2013	2017
Wahlbeteiligung	63,12 %	59,16 %	49,35 %	46,64 %
Veränderung zur letzten Wahl	-2,88 %	-3,96 %	-9,81 %	-2,71 %
Durchschnitt	61,14 %		48,00 %	

Abbildung 1: Wahlbeteiligung Chile; Quelle: Servel 2021, eigene Darstellung

Abbildung 1 zeigt nun die entscheidenden Werte an, basierend auf den offiziellen Angaben des chilenischen Innenministeriums (Servel 2021); also das Jahr der Wahl in Zeile eins, die Wahlbeteiligung in Zeile zwei, die Veränderung zur letzten Wahl in Zeile drei und den Durchschnitt der zwei Wahlen vor beziehungsweise nach Abschaffung der Wahlpflicht in Zeile vier. Hier wird bereits bei dem Vergleich der Durchschnitte ein Sinken der Wahlbeteiligung um enorme 13,14 Prozentpunkte deutlich, was stark dafürspricht, dass die Abschaffung der Wahlpflicht daran ihren Anteil hat. Zwar ist von jeder Wahl zur nächsten ein Verlust von mindestens 2,5 Prozentpunkte zu beobachten, der also nicht mit der Wahlpflicht zu tun haben kann (2005 und 2009) oder nicht zwingend haben muss (2017), doch die Wahl 2013 sticht mit 9,81 Prozentpunkten weniger Wähler:innen unzweifelhaft besonders heraus. Hypothese eins kann hier bereits bejaht werden.

Interessant sind darüber hinaus weitere Aspekte. Erstens wurde die mögliche Wähler:innen-Menge durch die automatische Registrierung von acht auf 13,5 Millionen vergrößert, weshalb eine Turnout-Steigerung erhofft war (Rangel/Barnes 2014: 570) und politikwissenschaftlich wegen Reduzierung der „Kosten“ von Registrierung (und damit auch der Wahl!) nicht unplausibel (Gimpel/Schuknecht 2003, Vonnahme 2012). Das macht die letztendliche Verringerung der Wahlbeteiligung noch eindrucksvoller. Zweitens offenbarten sich große regionale Unterschiede, die wir später auch in Österreich wiederfinden werden (Barnes/Rangel 2018: 826): So wuchs in einem Drittel der Distrikte gar das Turnout! Als Gründe werden hier von Barnes/Rangel eine geringe Distriktgröße, starker lokaler Parteienwettbewerb und eine moderate Fragmentierung der Kandidierenden ausgemacht – diese anderen institutionellen Effekte können also die Wirkungen der Wahlpflicht-Abschaffung ausgleichen oder überwiegen, in Summe ist das Sinken der Wahlbeteiligung aber evident.

5.1.2.2 Wahlergebnis

Bei der Frage nach den Auswirkungen der Abschaffung von compulsory voting auf das Wahlergebnis sollen insbesondere linke und rechtspopulistische, also left-wing und right-wing parties, erwogen werden, um die Hypothesen zwei und drei zu untersuchen. Während bereits gemäßigte linke Kräfte wegen ihrer Adressierung einkommensschwacher und bildungsarmer Menschen inkludiert sind, sollen auf der rechten Seite nur extreme Kräfte berücksichtigt werden, die auch auf dem Protestwahl-Faktor basieren. Solche Parteien sind im Untersuchungszeitraum – naheliegenderweise vielleicht wegen der erst 15 bis 30 Jahre zurückliegenden Pinochet-Diktatur jedoch nicht vorhanden (Serval; Selbst- und Fremdeinschätzung der Parteien u.a. anhand der jeweiligen Website und Wikipedia)!

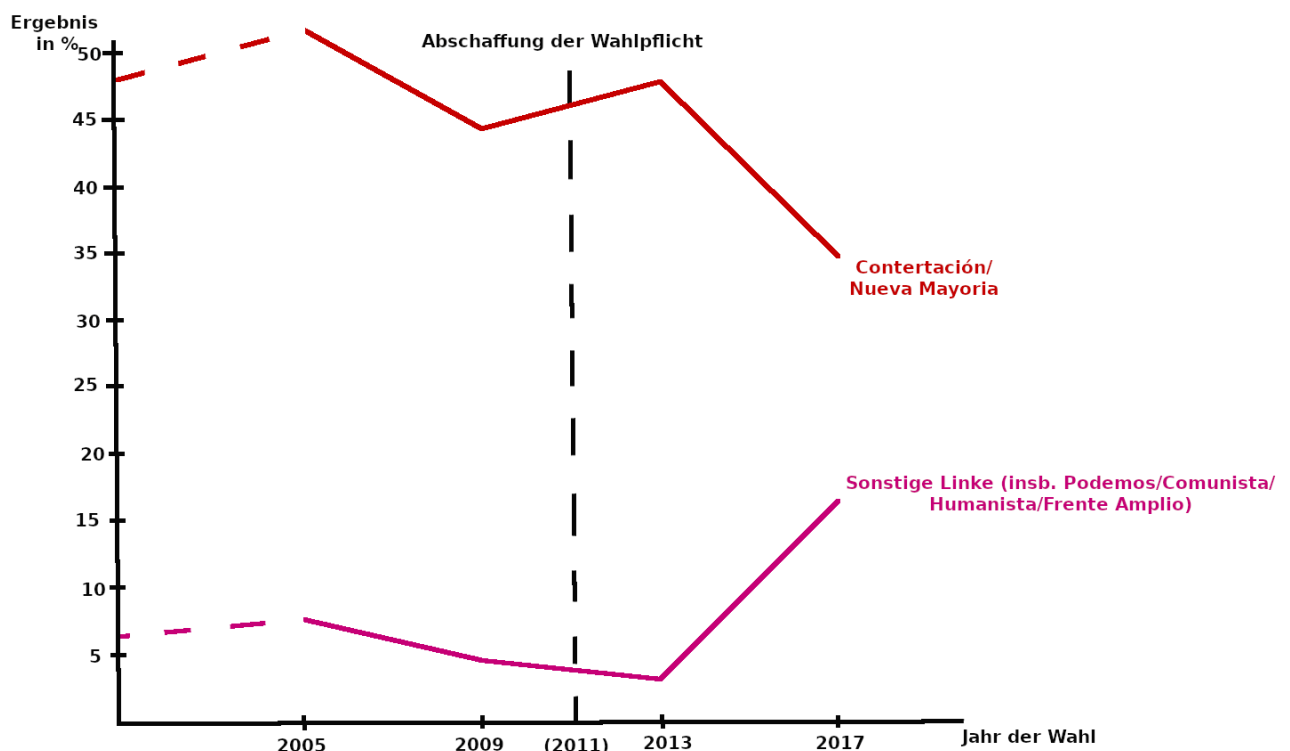


Abbildung 2: Wahlergebnis Chile; Quelle: Serval 2021, eigene Darstellung

Die Alianza (sowie später „Chile Limpio“ oder „Chile Vamos“) gilt demnach unstrittig als Mitte-Rechts, allerdings vor allem rechtskonservativ. Andere in Frage kommende Bündnisse sind ebenfalls nicht ersichtlich. Und die Konservativen sind schließlich gerade die, von denen - entsprechend den Hypothesen von Verlusten links der Mitte und extrem rechts - Zugewinne erwartbar wäre. Würde man sie einschließen, wäre das ganze Parteispektrum abgedeckt und die Untersuchung quasi gegenstandslos. Getestet

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

wird in Chile daher neben der Standard-Hypothese eins nur Hypothese zwei, also ob linke Parteien an Stimmen verlieren.

Abbildung 2 zeigt daher nur die Entwicklungen der Wahlergebnisse linker Kräfte – aufgrund der permanent wechselnden Bündnisse und Namen nur als Concertación/Nueva Mayoria und „sonstige Linke“ bezeichnet. Dennoch soll die genaue Zusammensetzung in notwendiger Sorgfalt erläutert werden: 2005 kandidierte die Concertación in ihrer „klassischen“ Besetzung (Servel) aus PS, PPD, PDC und PR und Podemos mit Partido Comunista (PCCh) und Partido Humanista (PH). 2009 schlossen sich hingegen die PCCh sowie die Izquierda (IC) der Concertación an und nur die PH kandidierte - mit der Partido Ecologista (PEc) – separat als zweites linkes Bündnis. 2013 kam zur Concertación noch die MAS hinzu, die PH trat diesmal solo an. Und 2017 brach schließlich alles auseinander: Die Concertación zerfiel in Convergencia Democrática mit PDC, MAS und IC sowie la Fuerza de la Mayoría mit PS, PPD, PR und PCCh, die vorliegend aber zusammen als Quasi-Nachfolger eingestuft werden. Die alternativen Linken bilden insofern 2017 nicht das zweite, sondern dritte Wahlbündnis und standen auf dem Wahlzettel als Frente Amplio, bestehend aus HC, PEc und den neuen PL, PODER, PI und RD.

Diese Trennung der regierenden, traditionellen Linken und den oppositionellen neuen illustriert veranschaulicht besagte *Abbildung 2*. Weitergearbeitet werden soll allerdings mit *Abbildung 3*, die die Wahlbündnisse links der Mitte aufsummiert und zusammen darstellt:

Jahr der Parlamentswahl	2005	2009	2013	2017
Linke	59,16 %	48,90 %	54,10 %	51,17 %
Durchschnitt	54,03 %		52,64 %	

Abbildung 3: Wahlergebnis Chile; Quelle: Servel 2021, eigene Darstellung

Demnach ist zwar von 2009 zu 2013 das Wahlergebnis der linken Kräfte um satte 5,20 Prozentpunkte gestiegen, jedoch können die Ursachen dessen können aber andere sein als die Wahlpflicht-Abschaffung (siehe 5.1.2.3). Nimmt man den Durchschnitt der zwei Wahlen vor und nach der Reform 2011 erhält man hingegen einen Verlust von 1,39 Prozentpunkten, der *möglicherweise* durch das voluntary voting bedingt sein könnte. Demnach wären unter den ermittelten 13,14 Prozentpunkten neuen Nichtwähler:innen überdurchschnittlich viele der Concertación/Nueva Mayoria oder

der anderen linken Bündnisse zu finden, die – evtl. einkommensschwach und von geringerem Bildungslevel – nur durch die Wahlpflicht extrinsisch motiviert werden konnten.

Hierfür wären empirische Wählerstromanalysen (auch als „voter flow analyzes“ zu finden), wie sie beispielsweise infratest dimap bereits seit vielen Jahren mit zunehmender Präzision und zuverlässiger Methodik in Deutschland erhebt oder wie sie auch den österreichischen Fall hervorragend dokumentieren, von unschätzbarem Wert – scheinen aber in Chile leider nicht vorzuliegen, weder englisch- noch spanischsprachig. So müssen mögliche Wählerwanderungen mangels besserer Datenlage anhand von Umfragewerten, politikwissenschaftlichen Aufsätzen und Überlegungen erwogen werden. Vorerst kann jedenfalls konstatiert werden, dass ein Zutreffen der Hypothese zwei für das chilenische Fallbeispiel unwahrscheinlich erscheint, insbesondere da die entscheidenden Verluste von 10,26 Prozentpunkten zwischen 2005 und 2009 eintraten, also vor der Maßnahme. 2013 stieg die Stimmzahl, 2017 sank sie nur minimal – möglich wäre also höchstes, dass 2009 ein extremer Ausreißer nach unten wäre und prinzipiell durchaus ein Sinken des Turnouts vorhanden wäre.

5.1.2.3 Mögliches Zutreffen der Hypothesen und alternative Erklärungsmöglichkeiten

Ist es also möglich, dass die Hypothese doch zutrifft? Was könnte das gute Wahlergebnis der Linken, konkret der Concertación, 2013 beziehungsweise das schlechte 2009 erklären? Hierzu gilt es vor allem die Präsidentschaftsanwärter:innen zu beleuchten: 2009 kandidierte für die Concertación Eduardo Frei, quasi gezwungenermaßen, da das chilenische Wahlrecht zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten verbietet (Passarelli 2011: 71) – die scheidende Präsidentin Michelle Bachelet genoss laut dem chilenischen Meinungsforschungsinstitut GfK Adimark zuletzt eine Zustimmungsrate von fast 85 Prozent 2009 (Valenzuela 2011: 1). Frei hingegen verlor die Stichwahl gegen Sebastian Piñera mit 48,39 Prozent (Serval 2021), der selbst ein „high standing in public opinion polls“ genoss (Passarelli 2011: 73). Entscheidend ist das, da in der Bevölkerung wenig Interesse an einem „divided government“ bestand, wie sie meist weniger erfolgreich, sondern mehr in gegenseitigen Blockaden vonstattengehen. (Passarelli 2011: 73)

Ein Sieg Piñeras war klar erwartbar, die Linken zerfleischten sich gegenseitig, indem sie 3 Präsidentschaftskandidierende aufstellten, alle drei vorher Teil der Concertación (Passarelli 2011: 73). Diese fehlende „Unity“, die die Alianza hingegen bewahren konnte, war wesentliches Siegeskriterium der Alianza. (Passarelli 2011: 78). Punkten konnten sie zudem mit dem wesentlichen Wahlkampfangument, dass ein Wechsel überfällig sei (Passarelli 2011: 74), denn die fünf Wahlen zuvor, seit 1989, hatten stets eine Mehrheit der Concertación ergeben, im Abgeordnetenhaus und für die Präsidentschaft. Beide Gremien waren 20 Jahre also Mitte-Links-dominiert. Währenddessen wurden die klassisch linken Bastionen wie die Sozialpolitik verhältnismäßig wenig debattiert. (Passarelli 2011: 75).

2013 dagegen war der Effekt der Personen- auf die Parteienwahl genau umgekehrt: Bachelet durfte nun wieder kandidieren und wurde von nach wie vor immenser Beliebtheit gestützt: Neben ihrem soliden Steuern durch die Finanzkrise als Präsidentin lag das nun auch an ihrer Position als Executive Director von UN Women (Bunker 2013: 346), sodass sie in den Umfragen stets deutlich führend war (Bunker 2013: 347). Ihr Sieg zeichnete sich ab und schließlich gewann sie auch nach bereits 46,7 Prozent im ersten Wahlgang mit 62,2 Prozent im zweiten (Serval 2021). Indes hatte der Support für Piñera und damit seine Alianza-Regierung stark nachgelassen (Merco Press 2012). Dies kam aus den bereits ausführlich dargelegten Gründen der Concertación immens zugute. Auch 2013 gelang zudem die Einbindung der Partido Comunista in die Concertación – die linken Kräfte kandidierten vereint, um sich die Regierungsgewalt vollumfänglich zurückzuerobern (Bunker 2013: 347). Insbesondere benötigte Bachelet für die geplante Ausarbeitung einer neuen Verfassung – um das ungewollte Erbe der Pinochet-Diktatur endlich auszulöschen, eigentlich sogar eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Kongress, also im Senat und im Abgeordnetenhaus (Bunker 2013: 348). Bereits 2005 hatte sie ohne „signifikante“ legislative Mehrheit regieren müssen – eine Neuauflage dessen bezeichnet Bunker angelehnt an das Framing des Concertación Wahlkampfes als „redundant“ (beides Bunker 2013: 348).

5.1.3 Fazit

Als Fazit für die Abschaffung der Wahlpflicht in Chile 2011 kann also festgehalten, dass Hypothese eins, das Sinken der Wahlbeteiligung, sich eindeutig bewahrheitete - um 9,81 Prozentpunkte direkt 2013, im Vergleich der beiden Wahlen vorher und

nachher gar um 13,14. Zwar war die Wahl 2009 inmitten der Finanzkrise potenziell besonders politisiert, jedoch ist die Datenlage derart eindeutig, dass alternative Erklärungen den Rückgang niemals vollständig erklären könnten. Während darüber hinaus Hypothese drei mangels in die Definition passender rechtspopulistischer Protestpartei nicht getestet werden kann, muss Hypothese zwei eher abgelehnt werden.

Zwar ist nicht auszuschließen, dass linke Parteien überdurchschnittlich viel an „die Nichtwähler:innen“ verloren haben, wie prognostiziert, da ihre Zugewinne einige gewichtige anderweitige Gründe haben oder haben könnten und wohl vor allem von der Alianza abgeworben worden sind. Ohne präzise Wählerstromanalysen sollte angesichts der faktischen Stimmengewinne von 5,2 Prozentpunkten jedoch nicht – lediglich aufgrund hypothetischer, politikwissenschaftlicher Überlegungen - davon ausgegangen werden. Denn auch die Verluste von 1,39 Prozentpunkten im Vergleich von jeweils zwei Wahlen vorher lassen sich wie geschildert alternativ erklären und betragen in der Höhe vergleichsweise nur etwa ein Viertel der 5,2 Prozentpunkte. Ich konstatiere demzufolge, dass die Umstellung auf voluntary voting linken Parteien eher *nicht* geschadet hat. Hypothese eins trifft zu, Hypothese zwei nicht.

5.2 Abschaffung der Wahlpflicht in Österreich 1992

Auch das Parteiensystem Österreichs war lange maßgeblich am Rechts-Links-Dualismus orientiert – sehr ähnlich wie in Deutschland waren ÖVP und SPÖ die dominierenden Kräfte und die liberale FPÖ die dritte Kraft im Parlament. So stuft sich 1976 etwa die Hälfte der Österreicher:innen als rechts oder links ein (Plasser/Ullram 2006: 361) und fast zwei Drittel der Wähler:innen richteten sich an der Wahlurne nach „politischer Weltanschauung“ (Ullram 1990). Die SPÖ ist also klar als die linke Kraft auszumachen, von der gemäß Hypothese zwei potenziell Verluste zu erwarten wären.

Weniger stringent verlief die Entwicklung der FPÖ, die als FDP-ähnliche liberale Partei anfing, auch politisch in der Mitte verortet wurde (Plasser/Ullram 2006: 367) und daher von 1983 bis 1986 auch mit der SPÖ koalieren konnte, sich aber ab 1986 unter Jörg Haider neu aufstellte und dabei „in Selbstverständnis und Außenansicht“ spürbar nach rechts wanderte (Plasser/Ullram 2006: 367). Mit der Zeit festigte sie sich als klassisch rechtspopulistische Partei, 1986 beendete SPÖ-Chef die Zusammenarbeit

und erklärte die FPÖ für nicht mehr „koalierbar“. (Plasser/Ullram 2006: 361). Somit ist sie zweifelsohne in der Lage, unter den gesellschaftlich überdurchschnittlich rechten Nichtwähler:innen, die Gallego (2010) ausmacht, sowie in ihrer Eigenschaft als Protestpartei gewählt zu werden. Zudem adressierte sie sogar konkret die unteren Sozial- und Bildungsschichten (vgl. Plasser/Ullram 2000): Pelinka (2002) erläutert die Inszenierung als „FPÖ des kleinen Mannes“ (Picker 2004: 266), fallend die Selbstdarstellung als Regime- und Establishment-kritische innovative Kraft (vgl. Fallend 1986) gegen „die da oben“ (Picker 2004: 266) mit dem Ziel, ihnen „einen Denkkzettel zu verpassen“ (Müller 1999: 209). Kurz: Sie wurde zu genau solch einer Partei, für die Hypothese drei bei Abschaffung der Wahlpflicht Stimmverluste prognostiziert.

5.2.1 Historische Hintergründe der Abschaffung und politische Situation

Ebenjene Wahlpflicht in Österreich wurde im Laufe der Jahre für alle drei Wahlebenen abgeschafft (Gratschew 2004), allerdings nicht auf einmal, sondern schrittweise zwischen 1982 und 2004: Bei den Präsidentschafts- und Regionalwahlen wurde konkret bis 1984 *überall* compulsory voting angewandt, dann auf staatlicher Ebene aufgehoben, aber erst 2004 auch in den letzten Bundesländern (Ferwerda 2014: 243). *Einen* klaren Cut gibt es jedoch schon, nämlich bei den Nationalratswahlen, wo 1992 die compulsory-voting-Regelung in *allen* verbliebenen Bundesländern gleichzeitig gestrichen wurde: in der Steiermark, Tirol, Kärnten und Vorarlberg (Neuwirth 1995: 3). Zuvor war sie dort, wie meist, prinzipiell mit finanziellen Sanktionen belegt - vieles ging aber auch als Ausnahme durch, wie zum Beispiel Auslandsaufenthalte, Krankheit, berufliche Pflichten, dringende Familienangelegenheiten oder andere Probleme. Die Wahlpflicht wird daher als lediglich „weakly enforced“ eingestuft (vgl. IDEA).

Abgesehen von Kärnten, wo sie erst 1986 eingeführt wurde, also nur sechs Jahre in Kraft war, war die Wahlpflicht-Regelung auf Nationalratsebene dabei bereits über 30 Jahre alt (Gaebler et al. 2020: 2). In ihren ersten Formen ursprünglich eingeführt wurde sie sogar schon 1929 aus der Angst der Christsozialen vor dem Frauenwahlrecht, von dem sie Verluste durch politischere, sozialdemokratische und unpolitischere, konservative Frauen erwarteten – und tatsächlich zeigen Studien, dass die konservative Seite von der Einführung der Wahlpflicht profitiert hatte (Hoffman et al. 2017). 1992

war dies aber längst nicht mehr als relevant einzustufen. Im Gegenteil war es nach dem zweiten Weltkrieg die SPÖ, die auf die Wahlpflicht drängte, vielleicht auch weil unter einkommensschwachen Menschen und Menschen mit geringem Bildungsstand Stimmgewinne möglich erschienen (Gaebler et al. 2020: 5). Die Abschaffung war im Gegensatz zum häufig „highly political process“ (Helme/Meguid 2007: 244) nicht *das* dominierende Thema wie in Chile, aber doch allen präsent und bekannt (Ferwerda 2014: 244).

5.2.2 Analyse der Wahlen vor und nach der Abschaffung

Betrachtet werden sollen also ausschließlich Nationalratswahlen, nämlich wieder zwei vor und zwei nach Abschaffung der Wahlpflicht. Dies sind vorliegend die Wahlen 1986, 1990, 1994 und 1995. Die unten aufgeführten Tabellen und Grafiken sind dabei bundesweit erstellt, da erstens fast die Hälfte Österreichs betroffen ist und zweitens die Wahlpflicht-Abschaffung auch national vorgenommen wurde und die implizierte, soziale „Wahlnorm“ damit überall gelten konnte. Dennoch liegt der besondere Fokus natürlich auf der Steiermark, Tirol, Kärnten und Vorarlberg, deren Relation zum Rest des Landes sowie deren Vergleichbarkeit auch untereinander.

5.2.2.1 Wahlbeteiligung

Jahr der Nationalratswahl	1986	1990	1994	1995
Wahlbeteiligung	88,85 %	83,58 %	80,24 %	85,98 %
Veränderung zur letzten Wahl	-2,44 %	-4,92 %	-3,34 %	+ 5,74 %
Durchschnitt	86,84 %		83,11 %	

Abbildung 4: Wahlbeteiligung Österreich; Quelle: Inneres 2021, eigene Darstellung

Abbildung 4 zeigt in einem ersten Schritt die bundesweite Wahlbeteiligung, basierend auf den offiziellen Angaben des Bundesministerium des Inneren (hier und im Folgenden: Inneres 2021). Zum einen ist bereits von 1990 auf 1994 ein Sinken des Turnouts um 3,34 Prozentpunkte ersichtlich sowie im Vergleich der beiden Wahlen davor und danach ein Verlust von 3,73 Prozentpunkten. Hier ist allerdings die Veränderung 1994 keinesfalls ein Ausreißer, sondern hält sich im Rahmen des Üblichen, ist konkret etwa die Mitte der Abnahmen 1986 von 2,44 Prozentpunkten und 1990 von 4,92 Prozentpunkten. Und 1995, also nur drei Jahre nach Abschaffung der Wahlpflicht geht es sogar um 5,74 Prozentpunkte nach oben. Dabei ist vor allem auf den stark politisierenden Effekt des Koalitionsbruchs nach nur 14 Monaten und

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

damit stark vorgezogene Neuwahlen (Bauer 2016) sowie den am 1. Januar 1995 in Kraft getretenen EU-Beitritt, der die Gemüter spaltete (Wiener Zeitung 2018), abzustellen. Dennoch erscheint der Trend kontraintuitiv zu Hypothese eins, dem erwarteten Sinken der Wahlbeteiligung über die nächsten zwei Wahlen wegen des Wegfallens der Wahlpflicht.

Zum anderen ist aber viel entscheidender: Wie sich die Wahlbeteiligung konkret in den vier Bundesländern entwickelt hat! In den Ländern, wo vorher Wahlpflicht herrschte, sank die Wahlbeteiligung nämlich durchschnittlich um 8,6 Prozentpunkte, im Rest des Landes um weniger als drei (Ferwerda 2014: 243). Konkret sank das Turnout in Kärnten um 6,5 Punkte von 88,8 auf 82,3 Prozent, in Tirol um 9,6 Punkte von 90,9 auf 81,3 Prozent, in der Steiermark um 6,5 Punkte von 93,1 auf 87,6 Prozent und in Vorarlberg am drastischsten um 21,0 Punkte von 93,4 auf 72,4 Prozent. 8,6 Prozentpunkte sink klar ein überdurchschnittliches Negativwachstum, womit Hypothese eins sich klar zu bestätigen abzeichnet. Auch hier ist das Sinken der Wahlbeteiligung als Trend der Zeit in Demokratien zu bedenken (Ferwerda 2014: 242), die Empirie aber unproblematisch eindeutig genug

5.2.2.2 Wahlergebnis

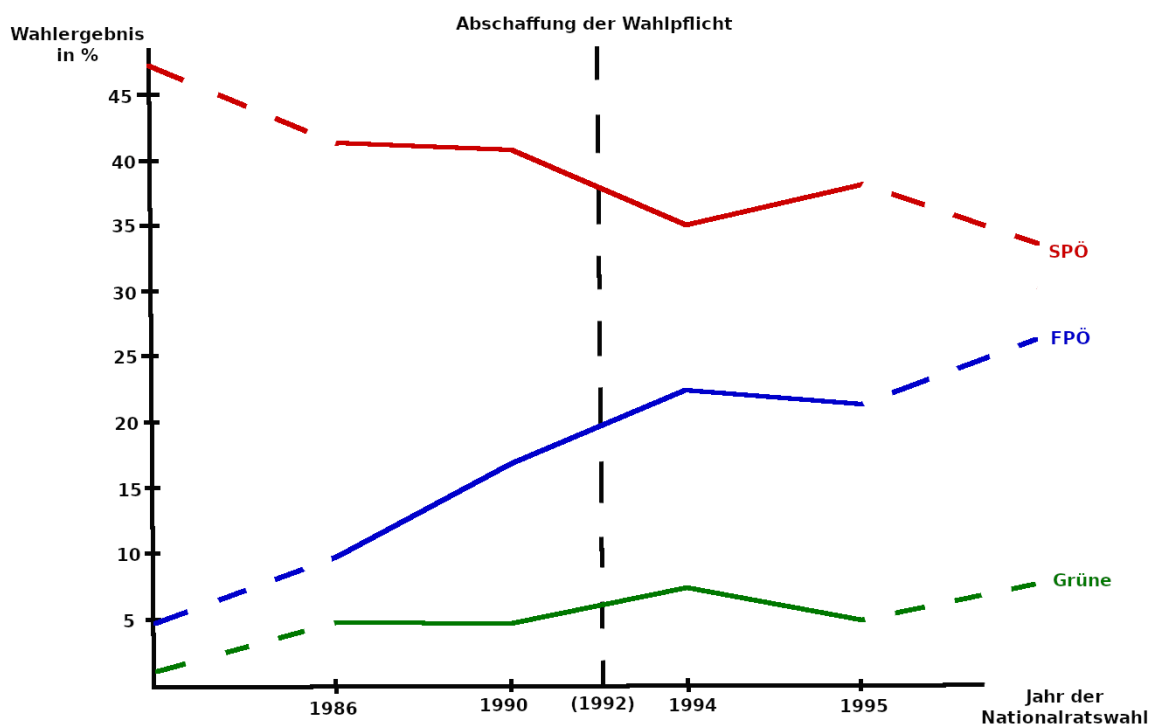


Abbildung 5: Wahlergebnis Österreich; Quelle: Inneres 2021, eigene Darstellung

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

Erwartungsgemäß weniger klar sind die Erkenntnisse hinsichtlich Hypothese zwei und drei, dass linke Parteien und rechtspopulistische Parteien durch Aufhebung der compulsory-voting-Gesetzgebung an Stimmen verlieren. *Abbildung 4* veranschaulicht die Entwicklung der SPÖ und FPÖ sowie der tendenziell auch als links der Mitte verorteten Grünen - sie könnten also der SPÖ ebenfalls Wähler:innen abspenstig gemacht haben. Grundsätzlich ist ein klarer Trend gegen die Sozialdemokraten und zugunsten der Rechtspopulisten zu erkennen. Die Intuition legt demnach nahe, Hypothese zwei anzunehmen, aber Hypothese drei abzulehnen.

Konkret sank das Ergebnis, wie in *Abbildung 6* aufgeführt, im Vergleich der zwei Wahlen vor und nach der Abschaffung um 6,46 Prozentpunkte und gerade 1994 sackte der Stimmanteil auch besonders signifikant ein, um 8,86 Prozentpunkte. Obwohl das Ergebnis sich 1995 etwas erholte, blieb es mit 38,06 Prozent zudem weiter deutlich unter dem Niveau während der Existenz der Wahlpflicht. Die FPÖ verzeichnete auf der anderen Seite 1994 enorme Zugewinne von 5,86 Prozentpunkten und blieb anschließend stabil, womit das Nach-Verfassungsänderungs-Level im Schnitt 9,01 Prozentpunkte mehr betrug. Die Grünen bewegten sich relativ konstant zwischen 4,5 und 7,5 Prozent und sind zudem in ihrer Zielgruppe doch entscheidend anders als die SPÖ, weshalb sie keine dominierende Rolle in den Überlegungen spielen.

Jahr der Nationalratswahl	1986	1990	1994	1995
Linke	43,11 %	42,78 %	34,92 %	38,06 %
Durchschnitt	42,95 %		36,49 %	
Rechtspopulisten	9,73 %	16,64 %	22,50 %	21,89 %
Durchschnitt	13,19 %		22,20 %	

Abbildung 6: Wahlergebnis Österreich; Quelle: Inneres 2021, eigene Darstellung

Stattdessen stehen uns für die österreichischen Nationalratswahlen aber gleich mehrere, zusammen sehr belastbare Wählerstromanalysen zur Verfügung (vgl. Hofinger/Ogris 1996), unter anderem Exit Polls von Fessel-GfK (Datenreihe von 1976 bis 2000) und SORA (Institute for Social Research and Analysis). Unter Rückgriff auf derlei Erhebungen schlüsseln Neuwirth (1995) und Picker (2004) auf, welche Parteien an wen Stimmen verloren oder von wem gewonnen haben – und inkludieren dabei auch die Gruppe der Nichtwähler:innen. Daraus ergibt sich das erwartbare Ergebnis, dass die Gewinne der FPÖ größtenteils auf Kosten von ÖVP und, mehr noch, der SPÖ

gingen; die Verluste der SPÖ im Gegenzug vor allem an die FPÖ (Neuwirth 1995: 2). Betrachtet man dagegen nur die Bilanz gegenüber den Nichtwähler:innen so zeigt sich, entsprechend der Hypothese drei, aber überraschend hinsichtlich der empirischen Wahlergebnisse, dass die FPÖ einen „Einbruch in der Parteitreu“ verbuchen musste, indem satte 22 Prozent der Wähler:innen von 1990 nicht wählen gingen (Picker 2004: 4). Entsprechend Hypothese drei wären dies also Wähler:innen, die einkommensschwach und auf niedrigem Bildungslevel sind, gesellschaftlich rechts stehen oder auch protestwählen - dies allerdings aufgeben, wenn sie nicht mehr an die Urne genötigt werden.

Dazugesagt werden muss jedoch, dass im Gegensatz dazu die Studie von Neuwirth mit seinen Daten eine immerhin etwas höhere „Behalterate“ der FPÖ von 80 Prozent errechnet (Picker 2004: 4), während die Hälfte der Abweichter:innen, 10,3 Prozent der vormaligen FPÖ-Wähler:innen aufgehört haben zu wählen (Neuwirth 1995: 4). Die SPÖ verzeichnet ebenfalls einen Rekord an Stimmverlusten durch Nichtwahl, nämlich in absoluten Zahlen, deren Summe auf 125000 geschätzt wird – relativ sind das nur 6,2 Prozent und damit weniger als bei der ÖVP mit 7,8. Dies geht entgegen Hypothese zwei, die unter den 1994 neu hinzugekommenen Nichtwähler:innen besonders wenige konservative erwarten würde.

Schließlich hilft auch hier wieder ein konkreter Blick auf die hauptsächlich betroffenen, weil vorher realpolitisch mit finanziellen Sanktionen versehenen, Bundesländer: In Vorarlberg, wo das Turnout mit Abstand am meisten sank und die Werte somit am aussagekräftigsten sind, gab die SPÖ 26,8 Prozent an die Gruppe der Nichtwähler:innen ab, die ÖVP 24,7 und die FPÖ nur 24,2, was als leichte Tendenz zum Zutreffen von Hypothese zwei zu werten ist. In Tirol dagegen verliert gerade die von keiner der Theorien prognostizierte ÖVP mit 16,0 Prozent am meisten, FPÖ 9,1 und SPÖ nur 6,8 Prozent. In der Steiermark könnte Hypothese drei einschlägig sein, hier hörten von der FPÖ 14,9 Prozent auf zu wählen, 6,8 von der ÖVP und 4,9 von der SPÖ, was auch die Entwicklung in Kärnten zeigt: Vom Wählerstromkonto der FPÖ zu dem der Nichtwählenden wanderten nach diesen Ergebnissen 11,2 Prozent, von der ÖVP 6,1 Prozent und von der SPÖ immerhin 6,7 Prozent.

Fassen wir abschließend die vier Bundesländer zusammen erhalten wir für Stimmverluste an die Nichtwähler:innen: 46000 (= 11,19 Prozent) von der FPÖ, 51000

(= 9,49 Prozent) von der SPÖ und 68 000 (=14,86 Prozent) von der ÖVP. Nach Betrachtung dieser Zahlen lässt sich vorerst konstatieren, dass ein Zutreffen der Hypothesen zwei und drei sehr unwahrscheinlich ist.

5.2.2.3 Mögliches Zutreffen der Hypothesen und alternative Erklärungsmöglichkeiten

Während also Hypothese eins, das Sinken der Wahlbeteiligung, bejaht werden kann, wenn auch spannenderweise in sehr divergierendem Ausmaß von -21 Prozentpunkten bis lediglich -6,5 Prozentpunkten, stellt sich die Frage, ob es alternative Erklärungsmöglichkeiten für die Verluste der SPÖ gibt. Die Berechnungen der Wählerströme legen dies nahe, da die SPÖ offensichtlich *nicht* überdurchschnittlich durch Nichtwahl verloren hat. Auch hier kann wieder auf das umfassende Argument des anti-sozialdemokratischen Trends der Zeit verwiesen werden, der wiederum in Österreich als besonders durch das „De-Alignment“ (Fallend 2005: 190) der Partei zu ihrer Kernwählerschaft hervorgerufen gilt, also als Abnehmen der Parteiidentifikation (Plasser/Ullram 2006: 363). Auch die ÖVP verlor durch diese Entwicklungen in den 70er- und 80er-Jahren, da immer weniger Anhänger:innen in einem „parteilosophisch konsonanten Netzwerk“ zugehörig gewesen seien (Ullram 1997: 515; Fallend 2005: 189).

Picker (2004: 263) schreibt zu diesen Entwicklungen: „Während die ÖVP vorwiegend Ende der 1980er Jahre ‚zur Ader gelassen‘ wurde, kam die Zeit der starken SPÖ-Verluste in den 1990er Jahren“, was die exakte Datierung auf 1994 mehr nach Zufall erscheinen lässt als nach Auswirkungen der Wahlpflicht. So verlor sie bereits zuvor und auch nach der Ausnahme 1995 wieder, wo sie schlichtweg aus den Koalitionsstreitigkeiten mit der ÖVP als Sieger hervorging (Plasser/Ullram 2006: 359). Fallend sieht den Grund dafür in dem Konzept der Mitgliederpartei, die sich insofern „zu einem Hindernis“ entwickelt habe, als es den „politischen Manövrierspielraum der Parteiführung auf einem immer mobiler werdenden Wählermarkt empfindlich beschränkte“ (2005: 186; inhaltlich basierend auf Mair 1997: 10f.). Personell dagegen lässt sich auf SPÖ-Seite nichts erklären: Auch 1994 kandidierte Erfolgskanzler Vranitzky, der die Wahlen zuvor gewonnen hatte und keine Fehler zu vertreten hatte, die die Verluste erklären würden. Die SPÖ war zudem bereits seit 1970 federführend am Ruder (Fallend 2005: 186).

Dafür umso mehr bei der FPÖ, an die die SPÖ-Verlust nahezu ausschließlich gingen: Haider habe es ab 1986 geschafft, die FPÖ neu zu positionieren und dabei die Potenziale in der Bevölkerung abzugreifen (Fallend 186), er habe der FPÖ ein „klareres Profil“ verpasst (Fallend 2005: 203). Konkret gab es einen Umschwung nach Rechtsaußen (Plasser/Ullram 2006: 361; Luther 1987: 393), wo die Potenziale seit Ende des 20. Jahrhundert sichtbar zunahmen, je mehr die Erinnerung an die Schrecken der nationalsozialistischen Herrschaft verblasste. Dass Vranitzky daran anschließend die Haider-FPÖ als „nicht koalitionsfähig“ deklarierte, gab dieser wohl eher noch mehr Aufwind (Plasser/Ullram 2006: 361). Er selbst war sogar so beliebt, dass er es 1989 in Kärnten zum Landeshauptmann brachte (Hirczy 1994: 74)!

5.2.3 Fazit

Im Fazit lässt sich also sagen: Hypothese eins trifft auch im zweiten von der Arbeit untersuchten Land zu. Für die Hypothesen zwei und drei sind die Indizien dagegen sehr, sehr schwach. Die SPÖ verliert zwar, allerdings mit großer Sicherheit alternativ erklärbar und nicht überdurchschnittlich an die Gruppe der Nichtwähler:innen. An die verliert zwar die rechtspopulistische FPÖ, die sonst große Zuwächse verzeichnen kann, prozentual am meisten – jedoch bundesweit und gerade *nicht* in den Ländern, die von der Abschaffung der Wahlpflicht am direktesten betroffen waren. Dort ist es stattdessen unerwarteterweise die ÖVO, von der die meisten Wähler:innen zu wählen aufhören.

Ferwerda weiß dies mathematisch-statistisch zu untermauern, indem er für die SPÖ skizziert, warum und wie sich der erwartbare Effekt auf das Wahlergebnis im Sande verläuft. Er schreibt, die soziodemographischen Charakteristika seien „lost in translation“ (Ferwerda 2014: 250), meinerseits wurde die Überlegung in einer vorangegangenen politiktheoretischen Arbeit als „Reibungsverlust“ geframed (Kreidemeier 2020: 7). Ferwerda nimmt beispielhaft an, eine Partei habe 35 Prozent Stimmanteil; unter Nichtwähler:innen aber – aus welchen Gründen auch immer - 50 Prozent, also 15 Prozentpunkte höher. Dann müsste das Turnout dennoch bereits um extreme 25 Prozent sinken, damit diese Partei auch nur fünf Prozentpunkte verlöre (Ferwerda 2014: 249)! Sind es dagegen nur fünf bis zehn Prozent, um die das Turnout sinkt, so bewegt sich der potenzielle Verlust besagter Partei im Bereich von ein bis zwei Prozentpunkten. Oder alternativ: Sinkt die Wahlbeteiligung nur um zehn Prozent

und soll dennoch in einem Verlust von fünf Prozentpunkten resultieren, so müsste der Stimmanteil der SPÖ unter den Nichtwähler:innen 82 (!) Prozent betragen.

Dass Nichtwähler:innen andere Präferenzen haben als Wähler:innen wird folglich nicht in Abrede gestellt, heißt aber nicht per se, dass die Wahlpflicht das Machtgefälle entscheidend verschiebt. Im Ergebnis muss konstatiert werden, dass weder linke Parteien noch rechtspopulistische Parteien *wegen* der Abschaffung der Wahlpflicht evident an Stimmen verloren haben. Die Hypothesen zwei und drei werden vorliegend abgelehnt.

5.3 Faktische Abschaffung durch Nichtsanktionierung in Griechenland 2001

Kommen wir also zum letzten Land der Studie: Griechenland. Auch Griechenland ist prinzipiell prädestiniert für die Hypothese bezüglich linker Parteien, ist doch die griechische Politik klar anhand der Rechts-Links-Achse ausgerichtet (Zervakis 2006: 189), auch schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts (Lyrintzis 2005: 243). Die PASOK versteht sich dabei als „nicht-dogmatische marxistische Bewegung“ sowie als „moderne sozialistische Partei“ (Zervakis 2006: 194). Hinzu kommen immer wieder linke Kleinparteien und Abspaltungen vorübergehender oder dauerhafter Natur wie die KKE oder die Syriza, die zwischen den beiden großen Parteien zu geringe Unterschiede sahen, die PASOK also als nicht links genug betrachten (Marantzidis/Panagopoulos 2006: 404). Und die wesentlichen Debatten und Themen drehen sich meist auch um die Wirtschaft, soziale Belange und den Arbeitsmarkt (Kazamias/Papadimitriou 2002: 651).

Das Wahlgesetz ist nach einigen Änderungen mittlerweile mehr an der Verhältniswahl orientiert (Zervakis 2006: 203). Lange hatte zuvor die größte Partei auf Kosten der zweitplatzierten profitiert, was starke Regierungsmehrheiten sicherstellen konnte (Kazamias/Papadimitriou 2002: 650). Übrig geblieben ist einfache Mehrheitswahl noch in Ein-Mandat-Wahlkreisen (Zervakis 2006: 204). Und zu erwähnen gilt es schließlich noch eine wichtige Eigenheit der griechischen Politikgeschichte, nämlich die enorme Personalisierung (Zervakis 2006: 196), die Parteien beinahe in Richtung eines „Kanzlerwahlvereins“ (Zervakis 2006: 197) verkommen ließ. Pappas (1999: 179) spricht etwas weniger drastisch von einem „plebejischen Populismus“, Steffani (1979: 43) von „Premierdominanz bzw. -hegemonie“. Dies entwickelte sich erst Anfang des

neuen Jahrtausends zurück. Personelle Faktoren spielen also hier eine noch wichtigere Rolle für die Untersuchung der Folgen der Abschaffung der Wahlpflicht als andernorts – gerade in Chile, wo der Präsident oder die Präsidentin separat gewählt wird.

5.3.1 Historische Hintergründe der Abschaffung und politische Situation

Wobei allerdings sofort eingeschränkt werden muss: Abgeschafft im *wörtlichen* Sinne wurde die Wahlpflicht in Griechenland überhaupt nicht! Die Verfassung wurde nur dahingehend geändert, dass für das Fernbleiben von den Wahlbüros keine Strafen mehr verhängt werden *können* - der dies bis dahin legitimierende Gesetzesakt zurückgezogen (vgl. IDEA). Sie wird also - anders als vorher - überhaupt nicht mehr finanziell sanktioniert, sondern bleibt nur noch als symbolisches Gesetz, als „*lex imperfecta*“ erhalten (Malkopoulou 2007: 2). Gleichzeitig urteilt Malkopoulou aber auch, die faktische Abschaffung der Wahlpflicht sei innerhalb des Bündels an Änderungen „one of the least noticed changes“ gewesen (2). Außerdem seien bereits zuvor nur selten Strafen ausgesprochen worden, weshalb an dieser Stelle bereits statiert werden kann, dass die Veränderung in Griechenland 2001 wohl die schwächste der drei ist - was die Wahrscheinlichkeit für ein Zutreffen der Hypothesen grundsätzlich senkt. Medial und staatlicherseits wurde die Änderung nicht annähernd so breit kommuniziert wie in Chile und Österreich. Sie war ziemlich sicher nicht einmal allen bekannt, geschweige denn präsenten Diskussionsthema.

Dennoch ist eine detaillierte Betrachtung im Sinne des gewollten Ländervergleichs, des Most Different Cases Design, wertvoll, um diese Vermutungen zu verifizieren. Klar ist nämlich auch, dass compulsory voting die Wahrscheinlichkeit, wählen zu gehen, umso mehr erhöht, je strenger, also höher, die Strafen sind und je routinemäßiger, also prozentual häufiger, sie verhängt werden (Singh 2010; Blais et al. 2003; Léon 2017; Marantzidis/Panagopoulos 2006; Rangel 2017). Wenn sie also wegfallen, dann bleiben nur noch die „social costs“ der Bürger:innen (Funk 2007; Geys 2006; Barnes/Rangel 2018: 827) insofern, dass das Nichtwählen gesellschaftlich negativ konnotiert ist, sowie das eigene Gewissen, dass eventuell einige verleitet, auch symbolischen Gesetzen weiter zu folgen.

5.3.2 Analyse der Wahlen vor und nach der Abschaffung

Betrachtet werden dabei erneut vier Wahlen, nämlich die 1996 und 2000 vor der Umstellung im Jahr 2001, als die Sanktionsmöglichkeiten außer Kraft traten, sowie 2004 und 2007 danach. Allesamt sind es der Vergleichbarkeit wegen Parlamentswahlen, die problemlos bundesweit analysiert werden können, da die Regelungen in Bezug auf die Wahlpflicht und deren Durchsetzung nicht länder- oder regionenspezifisch, sondern identisch waren und sind.

5.3.2.1 Wahlbeteiligung

Jahr der Parlamentswahl	1996	2000	2004	2007
Wahlbeteiligung	76,30 %	74,97 %	76,50 %	74,15 %
Veränderung zur letzten Wahl	+2,90 %	-1,38 %	+1,53 %	-2,35 %
Durchschnitt	75,64 %		75,33 %	

Abbildung 7: Wahlbeteiligung Griechenland; Quelle: Ministerium 2021, eigene Darstellung

Abbildung 7 zeigt wieder die Entwicklung der Wahlbeteiligung und kann zur Prüfung von Hypothese eins herangezogen werden. Erstmals liegt nun die Situation vor, dass das Turnout unmittelbar nach der staatlichen Maßnahme steigt, von 2000 zu 2004 um 1,53 Prozentpunkte (griechisches Innenministerium, hier und im Folgenden: Ministerium 2021). Anschließend sinkt es jedoch auch wieder um 2,35 Prozentpunkte. Insgesamt ist das Niveau weitgehend konstant und liegt nach dem Entschluss, das Fernbleiben von der Wahl nicht mehr zu bestrafen, knappe 0,31 Prozentpunkte niedriger. Um Hypothese eins am Leben halten zu können, müssten also schon gewichtige Gründe angeführt werden, warum die Wahlbeteiligung 2004 und 2007 aus anderen Gründen kaum sank. Möglich wäre eine Politisierung durch außergewöhnliche Ereignisse, die die Gesellschaft spalten oder aufrütteln – wie die Terroranschläge vom 11. September, die das Thema Sicherheit in aller Munde brachten und viele Bürger:innen ängstlich, mit Erwartungen an die Politik zurückließ. Dennoch sind sie mit etwa drei Jahren viel zu lange her, um die Entwicklung plausibilisieren zu können, weshalb ich nicht umhinkomme, Hypothese eins abzulehnen.

Damit stellt sich bereits zu diesem Zeitpunkt die Frage, ob die Analyse der *Wahlergebnisse* noch aussichtsreich und gewinnbringend sein kann – wo doch

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

offensichtlich die Wahlbeteiligung gar nicht gesunken ist. Darauf bauen die Hypothesen zwei und drei schließlich weitgehend auf, indem sie postulieren, dass die abgesprungenen Ex-Wähler:innen vorrangig aus den Reihen der Linken oder Rechtspopulisten kamen. Dennoch sollten sie meiner Meinung nach *nicht* allzu leichtfertig verworfen werden – ist es doch nach wie vor möglich, dass durchaus viele Menschen aufgehört haben zu wählen, während aber andere damit angefangen haben. Dass die Bilanz zwischen Nichtwähler:innen und Wähler:innen sich die Waage hält, bedeutet nicht zwangsläufig, dass Menschen die Nichtmehr-Sanktionierung des compulsory-voting-Sanktionswerks nicht zum Anlass genommen haben können, der Urne fernzubleiben. In diesem Fall wäre es weiterhin möglich, dass besonders viele Linke nicht mehr wählen, besonders viele Rechte aber - aus welchen Gründen - auch immer damit anfangen – vielleicht sogar, *weil* sie vorher die Wahlpflicht boykottiert hatten.

5.3.2.2 Wahlergebnis

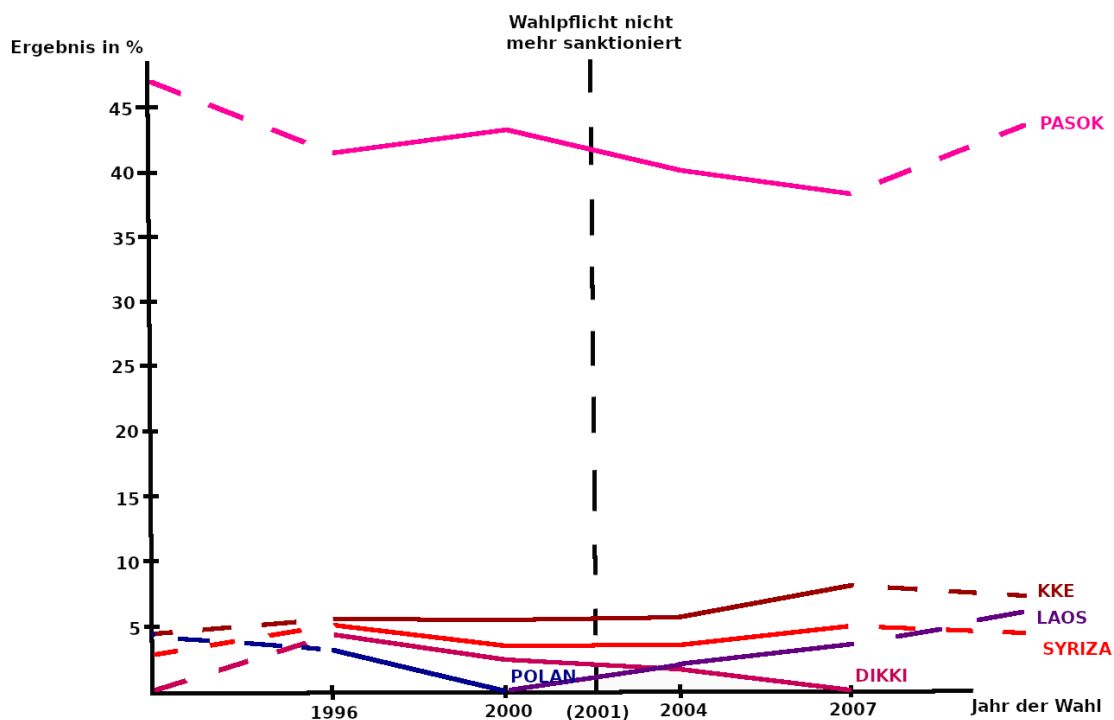


Abbildung 8: Wahlergebnis Griechenland; Quelle: Ministerium 2021, eigene Darstellung

Alle einschlägigen linken oder weit rechten Parteien sind daher in *Abbildung 8* eingezeichnet. Bereits hier sind Format und Volatilität des griechischen Parteiensystems dieser Jahre als hoch erkennbar, insbesondere im linken Spektrum.

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

Während rechts die POLAN zugrunde ging und vier Jahre später von der LAOS quasi ersetzt wurde, konkurrieren links die DIKKI, die SYRIZA, die KKE und natürlich am dominantesten die PASOK um Wähler:innen-Stimmen. Sie sollen im Folgenden zu den zwei für die Theorie relevanten Gruppen zusammengefasst werden:

Jahr der Parlamentswahl	1996	2000	2004	2007
Linke	56,65 %	55,20 %	51,50 %	51,29 %
Durchschnitt	55,93 %		51,40 %	
Rechtspopulisten	2,94 %	Ca. 0 %	2,19 %	3,80 %
Durchschnitt	1,47 %		3,00 %	

Abbildung 9: Wahlergebnis Griechenland; Quelle: Ministerium 2021, eigene Darstellung

Gemäß *Abbildung 9* gibt es durchaus solide Anhaltspunkte für Hypothese zwei: Nicht nur, dass der Durchschnitt der linken Wahlergebnisse nach der Verfassungsänderung um 4,53 Prozentpunkte gesunken ist, sondern gerade akut bei der Wahl 2004 ist das Minus mit 3,70 Prozentpunkten besonders groß. Es fällt aus der Reihe, waren es doch 2000 nur -1,45 und 2007 -0,21 Prozentpunkte. Die Rechtspopulisten haben sich hingegen schrittweise gesteigert, waren aber wie auch in Chile in Griechenland zum damaligen Zeitpunkt noch quasi vernachlässigbar. Sie konnten auch kaum verlieren, begannen sie doch bei einem Ausgangsniveau von 2,94 Prozent einer Partei, die anschließend wegen Misserfolg und internen Problem auseinander ging. Politiki Anoixi (PA), die rechte Abspaltung der ND von Antonis Samaras, nahm bereits 2000 nicht mehr an der Wahl teil (Kazamias/Papadimitriou 2002: 650). Hypothese drei trifft demnach keinesfalls zu beziehungsweise kann eben gar nicht zutreffen.

Tiefergehend untersuchen müssen wir die Verluste linker Parteien. Dies betrifft in erster Linie die PASOK, während die kleinen Parteien ihre Gewinne und Verluste gegenseitig weitgehend kompensierten. Wie in Chile und im Gegensatz zu Österreich stehen hier Wählerstromanalysen, die die Wechsel zwischen der Gruppe der Nichtwähler:innen und den Sozialist:innen aufschlüsseln, leider erneut nicht zur Verfügung. Festgestellt werden konnte immerhin, dass die Verluste der PASOK weniger von der Arbeiterklasse herrührten, sondern mehr von älteren Menschen (über 55), Freiberufler:innen und höheren Angestellten (Marantzidis/Panagopoulos 2006: 408). Dies sind gerade *nicht* die Schichten, die – einkommensschwach und von geringerem Bildungsstand – vermehrt unter den Nichtwähler:innen vermutet werden.

Zurückgegriffen werden muss dennoch wieder auf qualitative statt quantitativer Methoden und die Frage nach alternativen Erklärungsmöglichkeiten.

5.3.2.3 Mögliches Zutreffen der Hypothesen und alternative Erklärungsmöglichkeiten

Fraglich ist also, warum die PASOK 2000 so gut, 2004 hingegen so schlecht abschnitt. Hierfür sind andere Gründe als die Wahlpflicht denkbar: So kann für die Wahl 2000 bereits konstatiert werden, dass die PASOK sie strategisch geschickt gerade aufgrund hervorragender Umfragewerte vorzeitig anberaumte. Unter anderem fand die europäische Integration in Griechenland Anklang. Und so ist es kein Wunder, dass seit 1974 jede Regierungspartei, die „early elections“ festsetzte, diese auch gewonnen hatte (Kazamias/Papadimitriou 2002: 649). Premierminister Konstantinos Simitis habe auch darüber hinaus maximal taktiert, so Kazamias/Papadimitriou, terminierte beispielsweise den Wahltag erst auf den letzten Drücker der gesetzlich erlaubten Frist. Seine Stellung als kluger Staatsmann war zudem innerparteilich und in der Bevölkerung so gefestigt, dass Kazamias/Papadimitriou (2002) gar den Begriff von „Simitis‘ imperium“ prägen. Die Komponente der in Griechenland wichtigen Personenwahl, der Wahl zwischen den führenden Politiker:innen wirkte 2000 also wesentlich zugunsten der PASOK. Darüber hinaus war die Ökonomie, also Arbeitsmarkt und soziale Gerechtigkeit entscheidendes Wahlkampfthema – die politische Stärke jeder linken Partei (Kazamias/Papadimitriou 2002: 651).

Im Vergleich dazu standen die Vorzeichen 2004 deutlich schlechter: Nach 30 Jahren PASOK-Regierung, unterbrochen lediglich von einem kurzen konservativen Intermezzo 1990 bis 1993, sei das „desire for change“ (Hope 2004) gewachsen. Simitis machte Platz für den „Generationenwechsel“ zu George Papandreou, dem Sohn des einstigen Parteigründers (Marantzidis/Panagopoulos 2006: 406). Auch wenn dieser ebenfalls mit starken gesellschaftlichen Zustimmungswerten von 72 Prozent (Rori/Panagopoulos, 2005; Marantzidis/Panagopoulos 2006; FAZ 2004) in seine Kandidatur startete, machte er unter anderem in der wichtigen TV-Debatte keinen guten Eindruck, las beispielsweise sein Schlussplädoyer einfach ab – was das „Bild eines mächtigen Anführers“ torpedierte (Marantzidis/Panagopoulos 2006: 407). Zudem litt die PASOK unter einer Reihe eigener Patzer, die die ND radikal ausnutzte. Sie zerstritt sich mit der einflussreichen Meinungsmacht der griechisch-orthodoxen

Kirche, was von dort mit regelrechter „Propaganda“ (Marantzidis/Panagopoulos 2006: 407) erwidert wurde.

Und noch fatalere Folgen entwickelte ein Regierungsskandal auf dem Aktienmarkt: Die Regierung hatte - stolz auf den eigenen wirtschaftlichen Erfolg - zum Investieren aufgerufen hatte. Die Kurse fielen aber Beginn der 2000er-Jahre plötzlich dramatisch, viele verloren ihre Geld und die Unzufriedenheit mit PASOK wuchs (Carassava 2004). Carassava schreibt wörtlich: „Somehow, somewhere along the way [...] popular expectations of a vibrant, prosperous Greece fizzled out“ (2004: 1). Und die Regierung wurde dafür verantwortlich gemacht, tatsächlich *gab* es wohl auch „questionable ties to big business“ (Marantzidis/Panagopoulos 2006: 405). Die Unpopularität wuchs und die Wirtschaftsskandale wurden zur „Achillesferse“ (Panagopoulos 2004: 406). Schon aus den subnationalen Wahlen 2002 war die ND als Sieger und mit viel Rückenwind hervorgegangen (Marantzidis/Panagopoulos 2006: 408). All diese Gründe plausibilisieren recht überzeugend das gute Ergebnis 2000 sowie das schlechte 2004; damit also auch die Verluste von 3,24 Prozentpunkten der PASOK, 3,7 Prozentpunkten der Linken insgesamt.

5.3.3 Fazit

Im Fazit kann also Hypothese drei auch hier abgelehnt werden, wenn nicht von vornherein ausgeschlossen, und Hypothese eins trifft im Gegensatz zu Chile und Österreich ebenfalls nicht zu. Hierin manifestiert sich die bereits beschriebene Vermutung, dass es nicht die Sanktionen allein sind, die meist nur wenigen Euro, die als Strafe drohen – sondern auch die „soziale Wahlpflicht“, die grundsätzliche Gesetzestreue und die Gewohnheit (Gaebler et al. 2020: 5). Zum anderen war das Ausgangslevel mit um die 75 Prozent bereits niedriger als in Österreich mit etwa 85 Prozent – es scheint also, dass ein niedrigeres Level leichter gehalten werden kann, da schon mit Wahlpflicht nur die wirklich interessierten Wähler:innen zu Wahl gingen. Dass sich das Turnout im europäischen Kontext langer demokratischer Tradition häufig in etwa auf diesem Level einpendelt, zeigt auch Deutschland: zwischen 70 und 77 Prozent in den Jahren 2005, 2009, 2013 und 2017 (Deutscher Bundeswahlleiter 2021). Chile hat völlig andere Voraussetzungen, daher kann das Absinken *dort* (von ca. 60 noch tiefer auf ca. 50 Prozent) *nicht* zum Anlass genommen werden, jenen Gedanken vollständig zu verwerfen.

Bezüglich Hypothese zwei involvieren zwar die Wahlergebnisse tatsächlich einen Verlust der linken Parteien – mangels Sinken der Wahlbeteiligung ist es jedoch ziemlich unwahrscheinlich, dass so hohe Fluktuation zwischen Wähler:innen und Nichtwähler:innen stattfand, dass diese die Stimmverluste erklären würde. Und alternative Erklärungen sind auch schnell gefunden und überzeugend. Im Fazit lässt sich also feststellen, dass in Griechenland auch Hypothese zwei nicht zutrifft.

6 Ergebnisse

Abschließend wird nun Bilanz gezogen, was das vollständige, teilweise oder fehlende Zutreffen der drei Hypothesen angeht. Zudem werden in einem Diskussionsteil mögliche Erklärungen für die Ergebnisse angesprochen, also Entwicklungen, die in allen drei Ländern zu beobachten waren - aber auch die landesspezifischen Unterschiede.

6.1 Fazit

Für die Hypothesen zwei und drei konnten dabei überall keine wirklich überzeugenden Evidenzen gefunden werden. In Griechenland und Chile waren zum Zeitpunkt der Abschaffung der Wahlpflicht keine größeren rechtspopulistischen Parteien vorhanden, die hätten verlieren können und in Österreich litt die FPÖ nicht mehr als andere unter den Stimmverlusten durch hinzugekommene Nichtwähler:innen. Verluste für linke Parteien sind in Chile nicht einschlägig, in Griechenland schon, aber ziemlich klar *nicht* auf die Abschaffung der Nichtwahl-Sanktionierung zurückzuführen und in Österreich auch eher alternativ begründet – was dort die Wählerstromanalysen recht präzise aufzeigen.

Mindestens teilweise zutreffend ist Hypothese eins: In Chile und den österreichischen Bundesländern, wo die Wahlpflicht zuvor angewandt, sanktioniert und durchgesetzt wurde, sank die Wahlbeteiligung klar. Nur in Griechenland war dies nicht der Fall, wo aber bekanntermaßen die compulsory-voting-Regelung nicht *formell* abgeschafft wurde. Die weiteren Gründe, dass zum Beispiel die entsprechende Verfassungsänderung nur wenig Beachtung fand (Malkopoulou 2007: 2), sind auch oben genannt. Hypothese eins kann also abschließend bejaht werden, sofern die Nichtmehr-Sanktionierung nicht mit der Abschaffung vollkommen gleichgesetzt wird.

Hierfür geben auch Italien und Belgien Indiz, wo im Laufe der Jahre die Sanktionierung aufgegeben wurde - die mangels beobachtbarer Effekte aber nicht einmal in die Auswahl der vorliegenden Arbeit aufgenommen wurden.

Über die Hypothesen hinaus gibt es also zudem weitere wertvolle Erkenntnisse: So scheint die soziale „Wahlnorm“, der Gedanke „Gesetz ist Gesetz“, stärker zu wirken als bislang vermutet – wurde die Wahlpflicht doch häufig nur dann als solche überhaupt medial beachtet, wenn sie sanktioniert, also „enforced“ oder gar „strictly enforced“ war (Birch 2009a). Außerdem bleibt die Wirkung der Abschaffung der Wahlpflicht hinter der der Einführung recht klar zurück: In den meisten österreichischen Ländern und Griechenland war der faktische Effekt minimal, selbst die zehn Prozent von Chile werden von dem Turnout-Anstieg einiger Länder (siehe 3.2) massiv übertroffen. Im Vergleich lässt sich darüber hinaus feststellen, dass die länderspezifischen Schwankungen sehr groß sind, die Wirkung signifikant abhängig von den Verhältnissen am Land. In Chile, wo eine junge Demokratie mit politikskeptischer Bevölkerung vorliegt, sank das Turnout vom bereits niedrigen Level von 60 Prozent weiter; sogar trotz der gleichzeitigen Umstellung auf automatische Registrierung. Die traditionelleren, älteren Demokratien Europas waren dagegen weniger stark betroffen.

6.2 Diskussion

Eine der wesentlichen Intentionen der Wahlpflicht ist auch, dadurch das politische Bewusstsein der Bevölkerung zu steigern, sie intrinsisch zum Wählen zu motivieren, sie daran zu gewöhnen – fraglich ist nun anhand der neuen Erkenntnisse dieser Arbeit: Wirkt die Wahlpflicht wirklich auch dahingehend? Denn es erwies sich jedenfalls, dass die Abschaffung die Wahlbeteiligung *akut* nicht so stark verringert, wie sie eine Einführung steigert. Bleiben die übrigen Prozentpunkte demnach erhalten? „On the one hand, voters may get used to participating in elections in the course of compulsory voting“, schreiben Gaebler et al. (2020: 2). Es sei bekannt, dass es die Wahrscheinlichkeit, bei der nächsten Wahl wählen zu gehen, erhöht, wenn jemand jetzt auch wählen geht (Brody/Sniderman 1977; Green/Shachar 2000; Plutzer 2002; Gerber et al. 2003; Fowler 2006; Öhrvall 2018). Auch schon bei der ersten Wahl entscheide sich vieles: Wer dort wählt, wählt mit größerer Wahrscheinlichkeit weiter als wer seiner ersten Wahl fernbleibt (Gaebler et al. 2020: 21).

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

Spannend ist beispielsweise der Versuch von Cutts et al. (2009): Sie triggerten eine Testgruppe mit einer „Get Out The Vote“-Kampagne zum Urnengang und konnten das Turnout im Vergleich zur Kontrollgruppe auch um 3 % steigern. Bei der nächsten Wahl – ohne weitere Beeinflussung – blieb die Hälfte des Vorsprungs erhalten! Das Turnout blieb 1,5 % höher. Ein „habit-forming effect“ (Gaebler et al. 2020: 5) von 50 % sei also hier zu beobachten, was auch Gerber et al. bei ihrer Studie ermitteln. Schließlich bringt Rösler die Auswirkungen dessen auf die Wahlpflicht-Abschaffung zu Papier: „Later born citizens may react less to the abolition of compulsory voting than citizens who are already experienced with voluntary voting“ (2003: 21). Heißt auch, je länger eine Wahlpflicht in Kraft war, desto schwächer der negative Effekt der Abschaffung? Das bleibt unklar; auch Gaebler et al. erwägen die Möglichkeit, compulsory voting habe nur vorübergehende Wirkung (2020: 2) und nach Abschaffung gehe aller Gewinn wieder verloren. Dies ist nicht auszuschließen - sofern die Verluste nicht so akut wie bei der Einführung einträten, sondern gestreckt auf viele Jahre. Solch eine Erscheinung ist erstens theoretisch plausibel, da jede neu ins Wahlvolk kommende Generation wieder vom voluntary voting sozialisiert sein wird, sowie zweitens auch empirisch durch vorliegende Bachelorarbeit nahegelegt.

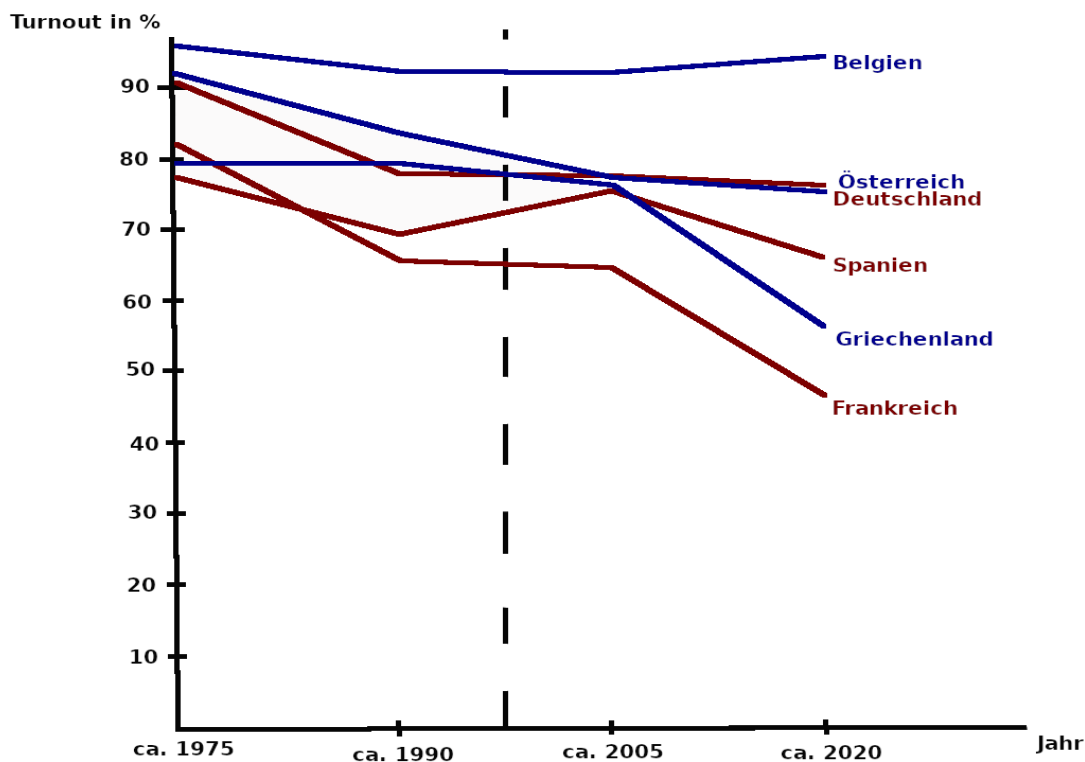


Abbildung 10: Turnouts Europa; eigene Darstellung

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

Um abschließend wenigstens einen kurzen überprüfenden Blick auf die beiden Möglichkeiten zu werfen, zeigt *Abbildung 10* die zwei europäischen Länder dieser Studie und Belgien - die also alle einst eine echte, sanktionierte Wahlpflicht hatten, die schließlich abgeschafft wurde oder nach und nach vernachlässigt wurde. Zudem gibt es Graphen vergleichbarer Länder ohne Wahlpflicht in ihrer Geschichte. Europäische Länder, wo die Sanktionierung der Wahlpflicht noch immer durchgesetzt wird, gibt es nicht (vgl. nicht wissenschaftlicher(!), aber übersichtlicher und zutreffender Überblick: Wikipedia 2021a). Es lässt sich feststellen, dass die Turnouts in den Ex-Wahlpflicht-Ländern jedenfalls nicht systematisch höher sind. Daher ist es nicht abwegig zu vermuten, dass die Abschaffung einer Wahlpflicht tatsächlich auch später erst Wirkung entfalten *kann* - wie das Abfallen in Griechenland von 2005 bis 2020 nahelegt. Neben erwartbarer politischer Enttäuschung wegen der Eurokrise und Griechenlands unrühmlicher Rolle darin, könnte auch die nicht mehr sanktionierte Wahlpflicht ein Grund sein – bedingt dadurch, dass die neue Freiheit nach und nach immer mehr Menschen klar wird. Belgien, das Land, wo als letztes klar wurde, dass nicht mehr bestraft wird, zwischen 2003 (tatsächlicher Zeitpunkt) und 2010 (final klärendes Statement des Justizministers; VRT-Nachrichten 2010) liegt dagegen weiterhin unfassbar hoch. Außerhalb kompetenter politikwissenschaftlicher Kreise wird diese Beobachtung auch gerne mal schnell und unhinterfragt der Wahlpflicht zugeordnet (vgl. Wikipedia 2021b: „Bei einer vergleichsweise hohen Wahlbeteiligung von 94,1 %, die wohl größtenteils auf die belgische Wahlpflicht zurückgeht...“). In Belgien scheint sich – aus welchen Gründen auch immer – aber vielmehr eine soziale „Wahlnorm“ und ein Habitus gebildet zu haben, die Wahlpflicht war also langfristig auch in ihrer Hoffnung und ihren Hintergedanken erfolgreich.

Hier sollte weitere Forschung anknüpfen, genauso wie bei den Effekten für das Wahlergebnis: Denn, wenn a) das Turnout nach Abschaffung der Wahlpflicht sinkt und b) wenn es bei Einführung steigt und wenn c) dieses Steigen meist linken Parteien zugutekommt – warum lassen sich derlei demokratische Machtverschiebungen dann bei der Abschaffung nicht beobachten? Aus a, b und c würde sich dies eigentlich ergeben. Klar ist, dass es enorm viele weitere Einflussfaktoren gibt und dass daher weitere, vielleicht quantitative, Studien über die „partisan effects“ vorangetrieben werden sollten. Dennoch bleibt diese Frage den Gesetzen der Logik folgend hier offen.

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

Vielleicht handelt es sich wesentlich um Fragen des Campaignings, also darum, wer in diesen Ländern seine Wähler:innen weiterhin zum Wählen bewegen konnte. Es wäre zum Beispiel möglich, dass zwar Nichtwähler:innen besonders häufig einkommensschwach und von niedrigerem Bildungsstand sind, dies aber nicht unbedingt auch für Länder gilt, die zuvor eine Wahlpflicht hatten. Dass also die Wähler:innen, die bei der Abschaffung aufhören zu wählen nicht per se die sind, die üblicherweise nicht wählen. Oder sind die Effekte doch vorhanden und einfach nur zu gering und über zu viele Jahre verschleppt, sodass sie nicht fass- und beobachtbar sind? So wie ich bereits „Reibungsverluste“ (Kreidemeier 2020: 7) beschrieb und Ferwerda (2014: 250; siehe 5.2.3) sie „lost in translation“ nannte? Fest scheint jedenfalls zu stehen: Wegen akuter - erhoffter oder gefürchteter - Auswirkungen auf das Wahlergebnis muss wohl niemand fordern, eine Wahlpflicht abzuschaffen oder beizubehalten! Die politiktheoretischen, normativen, philosophischen Aspekte überwiegen in den Debatten zu Recht. Vollkommene Freiheit oder vollkommene Demokratie – das ist hier die Frage.

Literaturverzeichnis

Ackaert, Johan; de Winter, Lieven (1996): Electoral Absenteeism and Potential Absenteeism in Belgium. Paper prepared for delivery at the Panel Lesson in electoral engineering: the case of compulsory voting, held at the 1996 Annual Meeting of the American Political Science Association, the San Francisco Hilton and Towers, August 29 – September. In: https://www.academia.edu/9144803/Compulsory_Voting_in_Belgium_a_Reply_to_Hooghe_and_Pelleriaux. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2021.

Agüero, Felipe; Tironi, Eugenio (1999): ¿SOBREVIVIRÁ EL NUEVO PAISAJE POLÍTICO CHILENO? In: *Estudios Públicos* 74, pp. 151-168.

Alvarez, Ramon M.; Katz, Gabriel (2008): Structural cleavages, electoral competition and partisan divide: A Bayesian multinomial probit analysis of Chile's 2005 election. In: *Electoral Studies* 28 (2), pp. 177-189.

Baek, Mijeong (2009): A Comparative Analysis of Political Communication Systems and Voter Turnout. In: *American Journal of Political Science* 53 (2), pp. 376-393.

Barnes, Tiffany D.; Rangel, Gabriela (2014): Election Law Reform in Chile: The Implementation of Automatic Registration and Voluntary Voting. In: *Election Law Journal* 13 (4): pp. 570-583.

Barnes, Tiffany D.; Rangel, Gabriela (2018): Subnational Patterns of Participation: Compulsory Voting and the Conditional Impact of Institutional Design. In: *Political Research Quarterly* 71 (4), pp. 826-841.

Bauer, Gernot (2016): Alles so kompliziert: Was kommt nach den Neuwahlen? In: *profil*. In: <https://www.profil.at/oesterreich/neuwahlen-koalition-regierung-7659680>. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2021.

Bechtel, Michael; Hangartner, Dominik; Schmid, Lukas (2016): Does Compulsory Voting Increase Support for Leftist Policy? In: *American Journal of Political Science* 60 (3), pp. 752–767.

Bennett, Stephen E.; Resnick, David (1990): The Implications of Nonvoting for Democracy in the United States. In: *American Journal of Political Science* 34 (3), pp. 771-802.

Bernhagen, Patrick; Marsh, Michael (2007): The partisan effects of low turnout: Analyzing vote abstention as a missing data problem. In: *Electoral Studies* 26 (3), pp. 548-560.

Birch, Sarah (2009a): Full participation. Manchester: Manchester University Press.

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

Birch, Sarah (2009b): The case for compulsory voting. In *Public Policy Research* 16 (1), pp. 21–27.

Blais, André (2006): What Affects Voter Turnout? In: *Annual Review of Political Research* 18 (2), pp. 167-181.

Blais, André; Dobrzynska, Agnieszka (1998): Turnout in Electoral Democracies. In *European Journal of Political Research* 33 (2), pp. 239-261.

Blais, André; Dobrzynska, Agnieszka; Massicotte, Louis (2003): Why Is Turnout Higher in Some Countries Than in Others? Ottawa: Elections Canada.

Bonilla, Claudio (2002): A micro application of the spatial theory of voting. In: *Revista de Ciencia Política* 22 (2), pp. 3-16.

Brennan, Jason; Hill, Lisa (2014): Compulsory voting. 1. Aufl. New York, NY [u.a.]: Cambridge Univ. Press.

Brody, Richard; Sniderman, Paul; Tetlock, Phillip (1977): Reasoning and Choice: Explorations in Political Psychology. Cambridge: Cambridge University Press.

Bude, Heinz (2014): Gesellschaft der Angst. Hamburg: Hamburger Edition HIS.

Bunker, Kenneth (2013): The 2013 presidential and legislative elections in Chile. In: *Electoral Studies* 34, pp. 246-348.

Burnham, Walter D. (1987): The Turnout Problem. In Richly, James A. (eds.): *Elections American Style*. Washington DC: Brookings Institution.

Cancela, João; Geys, Benny (2016): Explaining Voter Turnout: A Meta-analysis of National and Subnational Elections. In: *Electoral Studies* 42, pp. 264-275.

Carassava, Anthee (2004): Greek conservatives' victory ends long rule by socialists. In: *The New York Times* 08.03.2004, p. A11.

Camatarri, Stefano (2020): Piecing the Puzzle Together: A Critical Review of Contemporary Research on Protest Voting. In: *Political Studies Review* 18 (4), pp. 611-619.

Chilenisches Innenministerium (2021): Servicio Electoral de Chile: Elecciones de Diputados 1989 al 2017 por Circunscripción Electoral. In: <https://www.servelec.cl/elecciones-de-diputados-1989-al-2013-por-circunscripcion-electoral/>. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2021.

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

Citrin, Jack; Schickler, Eric; Sides, John (2003): What If Everyone Voted? Simulating the Impact of Increased Turnout in Senate Elections. In *American Journal of Political Science* 47 (1), pp. 75-90.

Crewe, Ivor (1981): Electoral Participation. In Butler, David; Penniman, Howard R.; Ranney, Austin (eds.): *Democracy at the Polls: A Comparative Study of Competitive National Elections*. Washington and London: American Enterprise for Public Policy Research, pp. 216–263.

Cutts, David; Fieldhouse, Edward; John, Peter (2009): Is Voting Habit Forming? The Longitudinal Impact of a GOTV Campaign in the UK. In: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 19 (3), pp. 251-263.

Dassonneville, Ruth; Hooghe, Marc; Miller, Peter (2017): The impact of compulsory voting on inequality and the quality of the vote. The Effect of Electoral Rules on Electoral Behaviour. In: *West European Politics* 40, pp. 621–644.

DeNardo, James (1980): Turnout and the vote: the joke's on the Democrats. In: *The American Political Science Review* 74 (2), pp. 406-420.

DeNardo, James; Tucker, Harvey J.; Vedlitz, Arnold (1986): Does heavy turnout help Democrats in presidential elections? In: *American Political Science Review* 80 (4), pp. 1291–1304.

Deutscher Bundeswahlleiter (2021): Wahlbeteiligung bei Bundestags- und Europawahlen. In: <https://www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/w/wahlbeteiligung.html>. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2021.

Dörre, Klaus (2016): Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen. In Kunz, Franziska; Rehberg, Karl-Siegbert; Schlinzig, Tino (Hrsg.): *Pegida. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und ‚Wende‘-Enttäuschung?*. Bielefeld: transcript Verlag, pp. 259-274.

Downs, Anthony (1968): *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: Mohr.

Elkins, Zachary (2000): Quem Iria Votar? Conhecendo as Consequencias Do Voto Obrigatório No Brasil. In: *Opinião Pública* 6 (1), pp. 109-136.

Engelen, Bart (2007): Why Compulsory Voting Can Enhance Democracy. In *Acta Politica* 42 (1), pp. 23–39.

Ferwerda, Jeremy (2014): Electoral consequences of declining participation: A natural experiment in Austria. In: *Electoral Studies* 35, pp. 242-252.

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

Fallend, Franz (2005): Die Österreichische Volkspartei (GVP): Erfolgreiche Wahlstrategie bei unmoderner Parteiorganisation. In: Schmid, Josef; Zolleis, Udo (Hrsg.): *Zwischen Anarchie und Strategie - der Erfolg von Parteiorganisationen*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 186-206.

FAZ (2014): Regierungschef Simitis gibt Amt und Parteivorsitz auf. In: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/griechenland-regierungschef-simitis-gibt-amt-und-parteevorsitz-auf-1146279.html>. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2021.

Fisher, Stephan D. (2007): (Change in) turnout and (change in) the left share of the vote. In: *Electoral Studies* 26, pp. 598–611.

Fornos, Carolina A., Garand, James C.; Power, Timothy J. (2004): Explaining Voter Turnout in Latin America, 1980 to 2000. In: *Comparative Political Studies* 37 (8), pp. 909–940.

Fowler, James (2006): Habitual voting and behavioral turnout. In: *Journal of Politics*, 68 (2), pp. 335–344.

Fowler, Anthony (2013): Electoral and Policy Consequences of Voter Turnout: Evidence from Compulsory Voting in Australia. In *Quarterly Journal of Political Science* 8 (2), pp. 159–182.

Franklin, Mark (1999): Electoral engineering and cross-national turnout differences: what role for compulsory voting? In: *British Journal of Political Science* 29 (1), pp. 205–224.

Franklin, Mark (2004): *Voter turnout and the dynamics of electoral competition in established democracies since 1945*. Cambridge: Cambridge University Press.

Funk, Patricia (2007): Is there an expressive function of law? An empirical analysis of voting laws with symbolic fines. In: *American Law and Economics Review*, 9 (1), pp. 135–159.

Gaebler, Stefanie; Potrafke, Niklas; Rösel, Felix (2020): Compulsory voting and political participation: Empirical evidence from Austria. Ifo Working Paper, No. 315. In: <https://www.ifo.de/DocDL/wp-2019-315-gaebler-potrafke-roesel-voting-political-participation-austria.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2021.

Gallego, Aina (2010): Understanding unequal turnout: Education and voting in comparative perspective. In *Electoral Studies* 29 (2), pp. 239–248.

Gallego, Aina (2014): *Unequal political participation worldwide*. 1. Aufl. New York [u.a.]: Cambridge Univ. Press.

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

Gerber, Alan S.; Green, Donald P.; Shachar, Ron (2003): Voting may be habit-forming: Evidence from a randomized field experiment. In: *American Journal of Political Science* 47 (3), pp. 540-550.

Geys, Benny (2006): Explaining Voter Turnout: A Review of Aggregate-level Research. In: *Electoral Studies* 25 (4), pp. 637– 663.

Gimpel, James G.; Schuknecht, Jason E. (2003): Political Participation and the Accessibility of the Ballot Box. In: *Political Geography* 22 (4), pp. 471–488.

Gratschew, Maria (2004): Compulsory Voting in Western Europe. In: *Voter Turnout in Western Europe*. International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA).

Green, Donald P.; Shachar Ron (2000): Habit formation and political behaviour: Evidence of consuetude in voter turnout. In: *British Journal of Political Science*, 30 (4), pp. 561– 573.

Griechisches Innenministerium (2021): Offizielle Ergebnis der Parlamentswahlen 1996-2007. Mittels WaybackMachine. In:
https://web.archive.org/web/20040823041124/http://www.ypes.gr/ekloges/content/GR/elec_data/2000NE_epi_res.asp. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2021.

Haas, Melanie; Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard (Hrsg.) (2006): *Die Parteiensysteme Westeuropas*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. Für Sozialwiss.

Hasen, Richard L. (1996): Voting Without Law. In: *Pennsylvania Law Review* 144 (5), pp. 2135-2179.

Helmke, Gretchen; Meguid, Bonnie (2007): Endogenous Institutions: The Origins of Compulsory Voting Laws. Paper presented at the annual Meeting of the APSA, Chicago, IL. Hernández. In:
https://www.gretchenhelmke.com/uploads/7/0/3/2/70329843/helmke_and_meguid.pdf. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2021.

Hernández, Enrique (2018): Democratic discontent and support for mainstream and challenger parties: Democratic protest voting. In: *European Union Politics* 19 (3), pp. 458-480.

Hicks, Alexander M.; Swank, Duane H. (1992): Politics, Institutions, and Welfare Spending in Industrialized Democracies, 1960–82. In: *American Political Science Review* 86 (3), pp. 658-674.

Highton, Benjamin; Wolfinger, Raymond (2001): The political implications of higher turnout. In: *British Journal of Political Science* 32 (1), pp. 179-223.

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

Hill, Lisa (2011): Increasing Turnout Using Compulsory Voting. In: *Politics* 31 (1), pp. 27-36.

Hill, Lisa (2015): Does compulsory voting violate a right not to vote? In: *Australian Journal of Political Science* 50 (81), pp. 61-72.

Hill, Lisa; Louth Johnathon (2005): Compulsory voting in Australia: Turnout with and without it. In *Australian Review of Public Affairs* 6 (1), pp. 25-37.

Hirczy, Wolfgang (1994): The impact of mandatory voting laws on turnout: a quasi experimental approach Hoffman. In: *Electoral Studies* 13 (1), pp. 64-76.

Hoffman, Mitchell; León, Ginamarco; Lombardi, María (2017): Compulsory voting, turnout, and government spending: Evidence from Austria. In: *Journal of Public Economics* 145, pp. 103-115.

Hofinger, Christoph; Ogris, Günther (1996). Wählerwanderungen: Ein Vergleich fünf verschiedener Wählerstromanalysen anlässlich der Nationalratswahl 1995. In: Ogris, Günther; Plasser, Fritz; Ulram, Peter (Hrsg.): *Wahlkampf und Wählerentscheidung. Analysen zur Nationalratswahl 1995*. Wien: Signum-Verlag, pp. 315–341.

Hooghe, Marc; Marien, Sofie; Quintelier, Ellen (2011): The Effect of Compulsory Voting on Turnout Stratification Patterns: A Cross-national Analysis. In: *International Political Science Review* 32 (4), pp. 396-416.

Hooghe, Marc; Pelleriaux, Koen (1998): Compulsory Voting in Belgium: An Application of the Lijphart Thesis. In: *Electoral Studies* 17 (4), pp. 419–24.

Hope, Kevin (2004): Socialists defeated in Greek elections. In: *Financial Times*, 08.03.2004, p. 1.

Huneus, Carlos (2005): Chile: A System Frozen by Elite Interests. In Ellis, Andrew; Reilly Ben; Reynolds, Andrew (Hrsg.): *Electoral System Design: The New International IDEA Handbook*. International Institute for Democracy and Electoral Assistance.

Irwin, Galen (1974): Compulsory Voting Legislation: Impact on Voter Turnout in the Netherlands. *Comparative Political Studies* 7 (3), pp. 292-315.

Jackman, Simon (1999): Electoral Enquiry: Non-Compulsory Voting in Australia? What Surveys Can (and Can't) Tell Us. In: *Electoral Studies* 18 (1), pp. 29–48.

Jackman, Simon (2001): Voting: Compulsory. In: *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*, pp. 16314-16318.

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

Jaitman, Laura (2013). The causal effect of compulsory voting laws on turnout: Does skill matter? In *Journal of Economic Behavior and Organization* 92, pp. 79-93.

Jakee, Keith; Sun, Guang-Zhen (2006): Is compulsory voting more democratic?. In: *Public Choice* 129 (1), pp. 61-75.

Jensen, Christian B.; Spoon, Jae-Jae (2011): Compelled without direction: Compulsory voting and party system spreading (2011). In: *Electoral Studies*, pp. 700-711.

Kazamias, George; Papadimitriou, Dimitris (2002): The elections in Greece, April 2000. In: *Electoral Studies* 21 (4), pp. 649-655.

Kouba, Karel; Mysicka, Stanislav (2019): Should and Does Compulsory Voting Reduce Inequality? In *SAGE Open* 9 (1).

Kreidemeier, Thomas (2020): Ungleiche Wahlbeteiligung und Policy-Outcome: Kann eine Wahlpflicht dazu beitragen, die soziale Ungleichheit in einem Land zu verringern? München: Unveröffentlichte Seminararbeit.

Lazarsfeld, Paul F. (1968): *The People's Choice: How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign*. New York: Columbia University Press.

Leibfried, Stephan; Martens, Kerstin; Schimank, Uwe (2017): „Involutionen“: Soziale Ursachen des Demokratierückbaus oder drängende soziale Probleme und bedrängende Autokratisierung. *Wirtschaftsdienst*. In: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 97, pp. 329–332.

León, Gianmarco (2017): Turnout, Political Preferences and Information: Experimental Evidence from Peru. In: *Journal of Development Economics* 127, pp. 56-71.

Lever, Annabelle (2010): Compulsory Voting: A Critical Perspective. In *British Journal of Political Science* 40 (4), pp. 897-915.

Lijphart, Arend (1997): Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma. In *The American Political Science Review* 91 (1), pp. 1–14.

Lipset, Seymour Martin (1959): Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. In *American Political Science Review* 53 (1), pp. 69-105.

Lubbers, Marcel; Scheepers, Peer (2000): Individual and Contextual Characteristics of the German Republican Vote: A Test of Complementary Theories. In: *European Journal of Political Research* 38 (1), pp. 63–94.

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

Luther, Kurt. R. (1987). Austria's future and Waldheim's past: The significance of the 1986 elections. In: *West European Politics* 10 (3), pp. 376–399.

Lux, Thomas (2018): Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70 (2), pp. 255-273.

Lyrantzis, Christos (2005): The Changing Party System: Stable Democracy, Contested Modernisation. In: *West European Politics* 28 (2), pp. 242-259.

Mackerras, Malcom; McAllister, Ian (1999): Compulsory Voting, Party Stability and Electoral Advantage in Australia. In: *Electoral Studies* 18 (2), pp. 217-233.

Mainwaring, Scott; Torcal, Mariano (2003): The Political Recrafting of Social Bases of Party Competition: Chile, 1973–95. In: *British Journal of Political Science* 33 (1), pp. 55-84.

Mair, Peter (1997): Party system change. Approaches and interpretations. Oxford: Oxford University Press.

Malkopoulou, Anthoula (2007): Compulsory Voting in (Modern) Greece, 2007. Conference Paper. In:
https://www.researchgate.net/publication/281208165_Compulsory_Voting_in_Modern_Greece_2007. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2021.

Marantzidis, Nikos; Panagopoulos, Costas (2006): The parliamentary election in Greece, March 2004. In: *Electoral Studies* 25, pp. 393-415.

McAllister, Ian; Mughan, Anthony (1986): Differential turnout and party advantage in British general elections, 1964-83. In: *Electoral Studies* 5 (2), pp. 143–52.

McNulty, John E.; Nagel, Jack H. (1996): Partisan effects of voter turnout in senatorial and gubernatorial elections. In: *American Political Science Review* 90 (4), pp. 780–793.

Meléndez, Carlos; Morgan, Jana (2016): Parties under Stress: Using a Linkage Decay Framework to Analyze the Chilean Party System. In: *Journal of Politics in Latin America* 8 (3), pp. 25–59.

Meltzer, Allan H. and Richard, Scott F. (1981): A rational theory of the size of the government. In: *Journal of Political Economy* 89 (5), pp. 914–927.

Mercopress (2012): Chilean Municipal Elections Are Anticipating a Return of the Left Wing Coalition. In: <https://en.mercopress.com/2012/10/31/chilean-municipal->

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

elections-are-anticipating-a-return-of-the-left-wing-coalition. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2021.

Müller, Wolfgang C. (1999): Schwäche als Vorteil, Stärke als Nachteil. Die Reaktion der Parteien auf den Rückgang der Wählerbindungen in Österreich. In: Mair, Peter (Hrsg.): *Parteien auf komplexen Wählermärkten. Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa*. Wien: Signum-Verlag, pp. 201-245.

Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp.

Nagel, Jack H. (1988): Voter turnout in New Zealand general elections, 1928– 1988. In: *Political Science* 40 (2), pp. 16–38.

Neuwirth, Erich (1995): Statistische Wählerstromanalyse der Nationalratswahl 1994. In: Müller, Wolfgang C. (Hrsg.): *Wählerverhalten und Parteienwettbewerb : Analysen zur Nationalratswahl 1994*. Wien: Signum-Verlag, pp. 455-469.

Norris, Pippa (2004): *Electoral Engineering: Voting Rules and Political Behavior*. Cambridge: Cambridge University Press.

Ogris, Günther; Plasser, Fritz; Ulram, Peter (Hrsg.) (1996): *Wahlkampf und Wählerentscheidung. Analysen zur Nationalratswahl 1995*. Wien: Signum-Verlag.

Öhrvall, Richard (2018): Growing into voting: Election turnout among young people and habit formation. Linköping University Electronic Press. In: <http://liu.diva-portal.org/smash/record.jsf?pid=diva2%3A1238886&dswid=5309>. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2021.

Österreichisches Bundesministerium Inneres (2021): Nationalratswahlen. Historischer Rückblick. In: https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Historischer_Rueckblick.aspx. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2021.

Pacek, Alexander and Radcliff, Benjamin (1995): Economic voting and the welfare state: a crossnational analysis. In: *Journal of Politics* 57 (1), pp. 44–62.

Panagopoulos Costas; Rori, Lamprini (2005): Party politics and campaign strategies. The Greek Socialist Party's policy-making and organizational changes during the electoral campaign of 2004. Paper presented at the Conference on Political Marketing. Kastoria, Greece.

Pappas, Takis S. (1999): *Making Party Democracy in Greece*. London.

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

Passarelli, Gianluca (2011): Elecciones presidenciales y parlamentarias en Chile, diciembre de 2009 y enero de 2010. In: *Revista Europea de Estudios Latinoamericanos y del Caribe* 91, pp. 71-80.

Pelinka, Anton (2002): Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31 (3), pp. 281–290.

Picker, Ruth; Salfinger, Brigitte; Zeglovits, Eva (2004): Aufstieg und Fall der FPÖ aus der Perspektive der Empirischen Wahlforschung: eine Langzeitanalyse (1986-2004). In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33 (3), pp. 263-279.

Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (2000): Rechtspopulistische Resonanzen: Die Wählerschaft der FPÖ. In: Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Sommer, Franz (Hrsg.): *Das österreichische Wahlverhalten*. Wien, S. 225-241.

Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (2006): Das Parteiensystem Österreichs. In Haas, Melanie; Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard (Hrsg.): *Die Parteiensysteme Westeuropas*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. Für Sozialwiss., pp. 351-372.

Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Sommer, Franz (Hrsg.) (2000): *Das österreichische Wahlverhalten*. Wien.

Plutzer, Eric (2002): Becoming a habitual voter: Inertia, resources, and growth in young adulthood. In: *American Political Science Review* 96 (1), pp. 41–56.

Powell, G. Bingham (1986). American voter turnout in comparative perspective. In: *American Political Science Review*, 80 (1), pp. 17–43.

Rangel, Gabriele Sainati (2017): VOTING AS A (MANDATORY) DUTY: CITIZEN ATTITUDES, POLITICAL ENGAGEMENT, AND PARTY OUTREACH UNDER COMPULSORY VOTING. Dissertation. University of Kentucky.

Reckwitz, Andreas. 2017. *Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp

Schmid, Josef; Zolleis, Udo (Hrsg.) (2005): *Zwischen Anarchie und Strategie - der Erfolg von Parteiorganisationen*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Scully, Timothy R. (1995): Reconstituting party politics in Chile. In Mainwaring, Scott; Scully, Timothy R. (Hrsg.): *Building Democratic Institutions. Party Systems in Latin America*. Stanford University Press, pp. 100–137.

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

Singh, Shane (2011): How Compelling is Compulsory Voting? A Multilevel Analysis of Turnout. In: *Political Behavior* 33 (1), pp. 95-111.

Singh, Shane (2015): Compulsory Voting and the Turnout Decision Calculus. In: *Political Studies* 63 (3), pp. 548-568.

Sonin, Ilya. 2015. "President Obama Endorses Mandatory Voting." In *The Washington Post*:

<https://www.washingtonpost.com/news/volokhconspiracy/wp/2015/03/19/president-obama-endorses-mandatory-voting/>. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2021.

Steffani, Winfried (1979): *Parlamentarische und präsidentielle Demokratie. Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien*. Opladen.

Streeck, Wolfgang (2017): Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus. In Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Berlin: Suhrkamp, pp. 253–274.

Teixeira, Ruy A. (1992) *The Disappearing American Voter*. Washington DC: Brookings.

Tóka, Gábor (2002): Voter Inequality, Turnout, and Information Effects in a Cross-National Perspective. Working Paper No. 297. Helen Kellogg Institute for International Studies, University of Notre Dame.

Tozer, Thomas (2016): Increasing Electoral Turnout Among the Young: Compulsory Voting or Financial Incentives? In: *Intergenerational Justice Review* 2 (1), pp. 18-27.

Ullrich, Peter A. (1990): *Hegemonie und Erosion. Politische Kultur und politischer Wandel in Österreich*. Wien.

Ullrich, Peter A. (1997): Politische Kultur der Bevölkerung. In Dachs (Hrsg.): *Länderpolitik. Politische Strukturen und Entscheidungsprozesse in den österreichischen Bundesländern*. Wien: Signum, pp. 514–525.

Valenzuela, J. Samuel (1995): Orígenes y Transformaciones del Sistema de Partidos en Chile. In: *Estudios Públicos* 58, pp. 6–77.

Valenzuela, Sebastián (2011): Conflictos sociales, economía y aprobación del gobierno: Las lecciones del caso Bachelet para el caso Piñera. Working Paper. In: https://d1wqtxts1xzle7.cloudfront.net/1956746/Lecciones_de_Bachelet_a_Pinera.pdf?response-content-disposition=inline%3B+filename%3DConflictos_sociales_economia_y_aprobacio.pdf&Expires=1625226888&Signature=KU~E20QTD9pXwwufyVc7sSHnvE6N0Kgw

*Die Abschaffung der Wahlpflicht und ihre Auswirkungen auf das Wahlergebnis.
Ein Ländervergleich*

mzs21FVBGsXeU4IX6cbGkw65I7fPuv-txER~uZEfk8YK GALXXvEdT3-
pUyyFQEO7ydTNy8HNO8CoVKxH8jLM5n3AZqYnjNSVN4ZcqE~9g68CO-
xvtysvSKaZYNqHEIghO3jJ6KY85fjG~CEXh4PhsR0XXsyzFULeHQpY6dx11mk3
j7gXqzNwSgy0AzksrHwwSVs~T0vqQCJY6y7M0cEzU4AAZxn2EaiofnKIuAdmtV
rLa0n2iz6Yxqf9~dg0USrdf5Oc8woVIWLQey46QDMjqxPs6pT5qQF~nE-
TULBsU3NEdfTMIZecw__&Key-Pair-Id=APKAJLOHF5GGSLRBV4ZA. Zuletzt
aufgerufen am 03.07.2021.

Van der Eijk, Cees, Van Egmond, Marcel (2007): Political effects of low turnout in national and European elections. In: *Electoral Studies* 26 (3), pp. 561-573.

Verba, Sidney (2003): Would the Dream of Political Equality Turn out to Be a Nightmare? In: *Perspectives on Politics* 1 (4), pp. 663–679.

Vonnahme, Greg (2012): Registration Deadlines and Turnout in Context. In: *Political Behavior* 34 (4), pp. 765–779.

VRT-Nachrichten (2010): Wie streng ist die Wahlpflicht wirklich? In: https://www.vrt.be/vrtnws/de/2010/02/12/wie_streng_ist_diewahlpflichtwirklich-1-715193/. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2021.

Wiener Zeitung (2018): Der 1. Jänner 1995 und seine Folgen. In: <https://www.wienerzeitung.at/themen/stadt-und-land/974140-Der-1.-Jaenner-1995-und-seine-Folgen.html>. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2021.

Wikipedia (2021a): Wahlpflicht. In: <https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlpflicht>. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2021.

Wikipedia (2021b): Parlamentswahl in Belgien 2010. In: https://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahl_in_Belgien_2010. Zuletzt aufgerufen am 03.07.2021.

Wodak, Ruth (2015). *The Politics of Fear: What Right-Wing Populist Discourses Mean*. Los Angeles: SAGE.

Zervakis, Peter (2006): Das Parteiensystem Griechenlands. In Haas, Melanie; Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard (Hrsg.): *Die Parteiensysteme Westeuropas*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. Für Sozialwiss., pp. 189-212.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Wahlbeteiligung Chile (eigene Darstellung).....	41
Abbildung 2: Wahlergebnis Chile (eigene Darstellung)	41
Abbildung 3: Wahlergebnis Chile (eigene Darstellung)	41
Abbildung 4: Wahlbeteiligung Österreich (eigene Darstellung).....	41
Abbildung 5: Wahlergebnis Österreich (eigene Darstellung)	41
Abbildung 6: Wahlergebnis Österreich (eigene Darstellung)	41
Abbildung 7: Wahlbeteiligung Griechenland (eigene Darstellung).....	41
Abbildung 8: Wahlergebnis Griechenland (eigene Darstellung)	41
Abbildung 9: Wahlergebnis Griechenland (eigene Darstellung)	41
Abbildung 10: Turnouts Europa (eigene Darstellung).....	41